

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

118 (2.6.1950)

WUNSERTAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 415 93. Chefredakteur: Hermann J. J. Landwehr. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2249. Vertriebsstellen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feilbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einw. Trügerlohn. Bei Postzustellung DM 2,65 zuz. DM - 84 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 1477, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 29. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 118

Freitag, 2. Juni 1950

Preis 15 Pfg.

Aus dem Inhalt:
Ein Wort zur Kriegsgefangenenfrage
K-Z gegen junge Kämpfer für den Frieden
Moskau - die lebendige Stadt
China baut auf - allen Schwierigkeiten zum Trotz

Kraft und Entschlossenheit unserer Jugend siegte über Terror

Kriegstreiber mußten den jungen Friedenskämpfern den Weg freigegeben / Protestwelle gegen koloniale Sklaventreibermethoden

Mannheim. (EB.) Die bereits gestern von uns gemeldeten Provokationen der Kriegstreiber an der Schleswig-Holsteinischen Zonengrenze sind mit einer vernichtenden Niederlage für die Akteure zusammengebrochen. Der geschlossene einmütige Wille der 10 000 jungen deutschen Friedenskämpfer, die zwei Tage lang von einem Polizeikorps in einem Kessel längs der Zonengrenze eingeschlossen waren, hat über die Feinde der deutschen Einheit triumphiert.

Am Donnerstag mußte der westdeutsche Rundfunk melden, daß den deutschen Jungen und Mädels, die in Berlin für den Frieden und die Rettung ihrer Heimat vor den Kriegsprovokateuren demonstriert hatten, der Weg in ihre Wohnorte freigegeben worden ist.

Die Kolonialmethoden der anglo-amerikanischen Imperialisten und ihrer deutschen Helfershelfer, die nicht davor zurückschrecken, auf unsere friedliche Jugend ein Kesselreiben zu veranstalten und sie durch westdeutsche Polizei niederknurren zu lassen, löste in ganz Deutschland und darüber hinaus bei allen friedliebenden Menschen der Welt eine Welle der Empörung und des Protestes aus. Allein in Rostock protestierten 65 000 or-

ganisierte Werktätige in Telegrammen an die Oberbürgermeister von Hamburg und Lübeck und den Innenminister von Schleswig-Holstein gegen die Festsetzung junger Friedenskämpfer. Der mecklenburgische Ministerpräsident richtete an die schleswig-holsteinische Landesregierung ein Protesttelegramm, in dem es heißt, daß die Landesregierung Mecklenburg über die Terrormaßnahmen der westdeutschen Polizei scharfen Protest einlegt. Der Zentralrat der FDJ, der Demokratische Frauenbund Deutschlands, der Bundesvorstand der FDGB und der Landesauschuss der Nationalen Front in Sachsen, protestierten in Telegrammen und Schreiben an den britischen Hohen Kommissar Robertson gegen das brutale Vorgehen der westdeutschen Polizei gegen die jungen Friedenskämpfer.

In dem Schreiben der FDJ wurde die sofortige Aufhebung aller Terrormaßnahmen und die freie ungehinderte Rückkehr der westdeutschen Jugend in ihre Heimat gefordert. In dem Telegramm des DFD wird betont: „Diese Aktion ist beispiellos und zeigt ein System auf, das Westdeutschland zur kolonialen Ausbeutung und Vernechtung gemacht hat, wo es keine Freiheit, keine Demokratie und keinen Frieden, wo es nur Krieg und Tod geben soll.“

In dem FDGB-Telegramm heißt es: „Es ist eine Illusion, zu glauben, nunmehr das deutsche Volk wie ein Kolonialvolk behandelt zu werden. Im Namen der Menschlichkeit, des Friedens und der Demokratie fordern wir die Freilassung der verhafteten jungen Menschen.“

60 Millionen Jugendliche protestieren

Berlin. (EB.) Das Exekutivkomitee des Weltjugendbundes der Demokratischen Jugend sandte von seiner Tagung am Mittwoch

in Berlin ein Protesttelegramm an den Hohen Kommissar für die britische Besatzungszone, General Robertson. In dem Telegramm heißt es: „Das Exekutiv-Komitee des Weltbundes der Demokratischen Jugend erhebt im Namen von 60 Millionen Jungen und Mädels aus 74 Ländern Protest gegen diesen verbrecherischen Willkürakt gegenüber den jungen Friedenskämpfern und fordert ihre sofortige Freilassung!“

Massenprotest in Lübeck und Rostock

Rostock. (EB.) In Rostock haben 63 000 gewerkschaftlich organisierte Werktätige in Telegrammen an die Oberbürgermeister von Hamburg und Lübeck und die Landesregierung von Schleswig-Holstein scharfen Protest gegen die Festsetzung der jungen Friedenskämpfer erhoben. Sie fordern zugleich die sofortige Freilassung der verhafteten und blockierten Jungen und Mädels.

Lübeck. (EB.) In einer Massenversammlung nahm die Bevölkerung von Lübeck mit Entrüstung von den Polizeiterror-Maßnahmen der schleswig-holsteinischen Landesregierung gegen die rückkehrenden Teilnehmer vom Deutschlandtreffen Kenntnis. Im Anschluß an die Kundgebung formierte sich eine Demonstration von einigen Hundert Versammlungsteilnehmern zum Marsch nach Herrnhut und Altholz, um die Freilassung der festgehaltenen Jugendlichen zu erzwingen.

Protest der Anilin-Betriebsgruppe

Ludwigshafen. Die Betriebsgruppe des größten westdeutschen Werkes, der BASF in Ludwigshafen, nahm in einer scharfen Protestklärung, die dem britischen Oberkommissar und der Landesregierung von Schleswig-Holstein zugeleitet wurde, Stellung zu dem provokatorischen Vorgehen westlicher Kriegstreiber und forderte die unverzügliche Freilassung der festgehaltenen Berlinfahrer.

Adenauer-Justiz auf vollen Touren

Redakteure verurteilt, weil sie aussprachen, weshalb 35 000 Bielefelder demonstrierten

Bielefeld. (EB.) Der Chefredakteur des „Volks-Echo“, Ernst Nagel, wurde auf Antrag des Staatsanwaltes Vorfuß von der zweiten Bielefelder Strafkammer unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Bernhard zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Der mitangeklagte Redakteur Hans Cadenbach wurde freigesprochen. Mit diesem Urteil, das die Reaktion des CDU-Justizministers Straeter auf die Demonstration von 35 000 Bielefelder Werktätigen gegen das unerbötliche Urteil gegen den Gestaopenker Kaufmann gibt, übertrumpft die westdeutsche Justiz, die Justiz der britischen Imperialisten, die Ernst Nagel bekanntlich wegen seines Eintretens für die Interessen des deutschen Volkes einkerkerete.

In seinem eindrucksvollen Schlußwort erklärte der Chefredakteur des „Volks-Echo“, Ernst Nagel, zu dem von Justizminister Straeter angestrebten Verfahren wegen angeblicher „Beleidigung“ der Justiz: „Es gibt nicht nur einen Grund, sondern sehr viele, ja, es gibt Millionen Gründe für das, was ich getan habe. Jeder Sohn, um den heute noch eine Mutter trauert, jede Witwe, die ihren gefallenen Mann beweint, jede Ruine, die in unseren zerstörten Städten steht, die Millionen Obdachlosen, Waisen und Krüppel sind eine Mahnung und verpflichten, mit allen

Die Typhuslüge

Hamburg. (EB.) Die provokatorischen „Gesundheitsuntersuchungen“, die man als Vorwand, nahm, um die Jugendlichen an der Zonengrenze zurückzuhalten, sind als gemeine Schikane offenbar geworden. Am 30. Mai tauchten in westdeutschen Zeitungen plötzliche Meldungen auf über angebliche Typhusfälle im Lager der Jungen Pioniere in Berlin. Bereits vier Tage zuvor, nämlich am Freitag, dem 28. Mai, wurde eine Meldung mit diesem Inhalt in den Redaktionsstuben der Hamburger „Welt“, die noch vor wenigen Tagen das Zeichen der Kontrolle einer ausländischen Macht trug, bearbeitet. Bezeichnenderweise hat diese Zeitung als einzige die von ihr fabrizierte Meldung selbst nicht veröffentlicht, sondern die anderen westdeutschen Zeitungen über die Nachrichtenagentur dpa überlassen. Die deutschen Behörden in Berlin erklärten unmittelbar nach Erscheinen dieser Meldung, daß auch nicht ein einziger Typhusfall vorliegt, daß vielmehr alle Jungen und Mädels auf das Vortrefflichste von den Helferninnen, Helfern und Aerzten liebevoll betreut wurden.

Höhere Besatzungskosten

Freiburg. (EB.) Die Besatzungskosten der drei Länder der französischen Zone sind im Haushaltsjahr 1950-51 nicht gesenkt, sondern noch erhöht worden. Wie aus einer Verlautbarung des badischen Finanzministeriums hervorgeht, müssen die Länder der französischen Zone in diesem Jahr statt 600 Millionen DM nunmehr 790 Millionen DM aufbringen. Dazu kommt noch ein Restbetrag vom vergangenen Haushaltsjahr, so daß sich die Besatzungskosten auf 838 Millionen DM stellen.

Die D-Mark wackelt

Berlin. Die Finanzlage der westberliner Verwaltung wird von Tag zu Tag katastrophaler. Der künstliche Umweltskurs von D-Mark West gegen D-Mark Ost steht vor dem völligen Zusammenbruch, nachdem seit der neuerlichen Preiserebsetzung in den HO-Läden immer größere Nachfrage nach Ostmark herrscht. Der Leiter der westberliner Verwaltung, Reuter, sucht verzweifelt nach einem Ausweg und ist nach Bonn gefahren, um dort von Adenauer und den Besatzungskommissaren eine Unterstützung für die völlig leere westberliner Kasse zu erhalten.

Für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt!

Sitzung des Exekutivkomitees des Weltbundes der Demokratischen Jugend in Berlin

Berlin. (EB.) Das Exekutivkomitee des Weltbundes der Demokratischen Jugend trat am Mittwoch in Berlin zusammen. Die Deutsche Demokratische Republik und Westland werden durch Erich Honecker, Martin Flist, Heinz Kessler und Gerhard Heidenreich vertreten.

Die Sitzung wurde von dem Präsidenten des Weltjugendbundes Guy de Boisson eröffnet. Herbert Warnke begrüßte die Sitzung des Exekutivkomitees des Weltbundes im Auftrag des Bundesvorstandes des FDGB und des Exekutivkomitees des Weltgewerkschaftsbundes. Diese Grüße, sagte Herbert Warnke, seien der Ausdruck der ewigen Verbundenheit der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft mit der Weltjugend. Eine solche Verbundenheit ergibt sich aus der Gemeinsamkeit unseres Kampfes für den Frieden, für Demokratie und sozialen Fortschritt.

Elli Schmidt, die Vorsitzende des DFD, betonte in ihrer Begrüßungsansprache, daß

es dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands, ebenso wie der FDJ gelungene sei, die Zonengrenzen zu durchbrechen und eine gesamtdeutsche Organisation aufzubauen.

Nach den Begrüßungsansprachen erteilte Guy de Boisson dem Vorsitzenden der FDJ, Erich Honecker, unter starkem Beifall der Teilnehmer das Wort. Im Namen der gesamten friedliebenden und fortschrittlichen Jugend Deutschlands, begrüßte Erich Honecker die Mitglieder des Exekutivkomitees des Weltbundes der Demokratischen Jugend. Er erklärte, daß die anglo-amerikanischen Imperialisten die Ausbreitung des Geistes, der das Deutschlandtreffen beherrschte, im We-

sten unseres Vaterlandes fürchten. Der Zentralrat der FDJ sah sich gezwungen, in einem Telegramm an den britischen Hohen Kommissar, General Robertson, nachdrücklich Protest einzulegen gegen die Gefangenname und den Terror gegen tausende junger Friedenskämpfer, die am gestrigen Tag gemeinsam mit anderen 30 000 Jugendlichen in ihre Heimat zurückkehren wollten.

Alle Kräfte für den Frieden

Zu dem ersten Punkt der Tagesordnung des Exekutivkomitees des Weltjugendbundes: „Die Aufgaben der Demokratischen Jugend in der Weltfriedensbewegung“, erklärte der Präsident des Weltbundes der Demokratischen Jugend, Guy de Boisson: „Alle jungen Menschen in der Welt müssen begreifen, daß ihre erste Aufgabe die Verteidigung des Friedens ist. Damit die Jugend die Reihen der Friedenskämpfer verstärkt, ist es vor allem notwendig, daß sie klar erkennt, wie drohend die Kriegsgefahr ist. Die Jugend muß aber auch erkennen, daß ihre machtvolle Aktion, die sie gemeinsam mit allen Männern und Frauen, die den Frieden wollen, durchführt, die Gefahr eines neuen Krieges abwendet. Die Kampagne für das Verbot der Atomwaffe und die Vorbereitung des zweiten Weltkongresses der Friedenskämpfer muß den Weltjugendbund und die ganze demokratische Jugend getreu dem Schwur von Budapest verpflichten, alle Kräfte für die Gewinnung der Schlacht des Friedens einzusetzen, die eine Schlacht für das Leben ist.“

Die Jugend wird siegen!

Zu den Terrormaßnahmen gegen die westdeutschen jungen Friedenskämpfer, sagte Guy de Boisson: „Sie zeigen die Wut der Imperialisten in der ganzen Welt über den Erfolg des großen Pfingsttreffens. Wir zweifeln jedoch nicht daran, daß die jungen Deutschen den Kampf gegen die Kolonialherren siegreich bestehen werden und daß die Hoffnung der deutschen Jugend, als Sieger aus dem Friedenskampf hervorzugehen, sich erfüllen wird. Wir versichern unseren deutschen Freunden nochmals unsere Solidarität und werden alle Organisationen des Weltbundes auffordern, gegen die Maßnahmen der Imperialisten zu protestieren.“

Beseitigt die willkürlich gezogene Grenze

Präsident Wilhelm Pieck verabschiedet saarländische Jugenddelegation

Berlin. (EB.) Präsident Wilhelm Pieck verabschiedete am Mittwoch die saarländische Jugenddelegation, die am Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin teilgenommen hatte. In einer kurzen Ansprache hob Präsident Wilhelm Pieck die große Bedeutung des Deutschlandtreffens der jungen Friedenskämpfer hervor.

Diese Demonstration hat allen gezeigt, daß die Jugend bereit ist, den Frieden zu erkämpfen, Jungens und Mädels müssen gemeinsam die große Kampffront schaffen und mit Überzeugung den Kampf für den Frieden führen.

„Der Kampf für den Frieden ist gleichzeitig der Kampf für die Einheit Deutschlands“, sagte Präsident Wilhelm Pieck. „Solange Deutschland aufgespalten ist, wird die Kriegsgefahr nicht gebannt sein. Darum ist die Wiedergewinnung der widerrechtlich von den Westmächten losgerissenen Teile, insbesondere des Saargebietes, für uns eine revolutionäre Forderung. „Ihr müßt mitwirken“, rief Wilhelm Pieck den jungen saarländ-

Der Delegationsführer der saarländischen Jugend dankte dem Präsidenten und sprach im Namen aller Patrioten im Saargebiet das Gelöbnis aus, alle Kraft dafür einzusetzen, um die nationale Front weiter zu entwickeln und zu gestalten. „Ich hoffe“, so verließ der junge Friedenskämpfer, „daß wir bei unserem nächsten Berlin-Besuch nicht mehr Zonengrenzen überwinden müssen, sondern Ihnen, Herr Präsident, zum deutschen Befreiungstag die Hand drücken können.“

Im Streiflicht gesehen

Explodierende Granate zerreißt sieben Kinder

Visselhoevede. (dpa.) In Visselhoevede (Niedersachsen) explodierte am Mittwoch auf einem Schrottsammelplatz eine Granate und tötete sieben Kinder. Es sind sechs Jungen im Alter von drei, vier, zwölf und 13 Jahre und ein 12-jähriges Mädchen. Ein anderer Junge und zwei Frauen, die auf der Straße gerade vorübergingen, wurden verletzt. Zu dem Vorfall selbst erfahren wir, daß die Kinder mit einem Handwagn Schrott auf einen Sammelplatz gefahren haben, um ihn zu verkaufen. Der Verkäufer stellte dabei fest, daß unter dem Schrott eine Granate lag und ging sofort in sein Haus, um die Polizei zu benachrichtigen. Währenddessen begannen die Kinder den Schrott abzuladen, wobei die Granate explodierte. Die getöteten Kinder stammen alle aus Visselhoevede. Es gab erschütternde Szenen, als die Eltern zur Identifizierung ihrer von der Granate zersplitterten Kinder herbeigeholt wurden.

Politische Diskussion mit Maßkrügen

Landau (Isar). (dpa.) Der Bundestagsabgeordnete Alfred Lortz (WAV) trat am Pfingstmontag in einer Wahlkundgebung der Bayernpartei in Dorach an der Vils, in der Bundestagsabgeordneter Donhauser sprach, als Diskussionsredner auf. Als er immer wieder Zwischenrufe machte, warfen ihm einige Männer aus dem Bierzelt und bedrohten ihn mit Maßkrügen. Lortz flüchtete schutzsuchend in einen Kuhstall.

Dorfschlacht zwischen Bauern und Zigeunern

Paris. (dpa.) Eine regelrechte Schlacht zwischen

der Einwohnerschaft eines ganzen Dorfes bei Nancy und einem aus über 100 Mitgliedern bestehenden Zigeunerstamm forderte auf beiden Seiten mehrere Schwerverletzte und etwa 30 Leichtverletzte. Die Zigeuner hatten vor dem Dorf ihr Lager aufgeschlagen und ihre Pferde auf die Weiden der Bauern getrieben, was der unmittelbare Anlaß zu der Schlägerei war, in deren Verlauf sogar mit Jagdgewehren geschossen wurde. Auf das Sturmgeläute hin bewaffnete sich die ganze Bevölkerung des Dorfes mit Gewehren, Sichel und Sensen und stürmte das Zigeunerlager.

Elektrische Kabel mit Baumwurzel verwechselt

Amsterdam. (dpa.) Beim Graben in seinem Garten stieß ein Bauer in dem holländischen Dorf Westerbork eines Abends auf etwas Hartes. Er glaubte, es sei eine Baumwurzel, griff zur Axt und hackte die vermeintliche Wurzel durch. Erst als im ganzen Dorf das Licht ausging, merkte er, daß er ein elektrisches Kabel zerschlagen hatte.

Vater beging Selbstmord, weil sein Sohn nicht seinen Konig

Lecco. (dpa.) Eine Geschichte, die nur in Italien, dem Lande der Tenöre, passieren kann, trug sich bei Lecco zu. In Casarano stieß sich der 53-jährige Alfredo Vincenzini einen Dolch ins Herz, weil sein Sohn nicht hielt, was er versprochen. Alfredo wollte unbedingt einen Tenor aus dem Jungen machen und war fest überzeugt, einen zweiten Caruso zu erziehen. Aber bei der ersten Gesangsprobe vor Sachverständigen versagte der Kandidat kläglich. Aus war der Traum. Der Vater wollte diese Schande und Enttäuschung nicht überleben.

Der Krach im westlichen Lager

England widersetzt sich dem von den USA-Imperialisten organisierten Schuman Plan

Paris. Nachdem die britische Regierung zuerst mit gewissen Vorbehalten dem Schuman-Plan zur Bildung eines großen Stahl- und Kohlenkonzerns zwischen Frankreich, Westdeutschland und den Beneluxstaaten jetzt wieder eine ablehnende Haltung und wird das in den nächsten Tagen zu erwartende gemeinsame Kommuniqué der sechs Länder, die sich über den Schuman-Plan einigten, nicht unterschreiben.

Man scheint in London sehr deutlich erkannt zu haben, was sich in Wirklichkeit hinter dem von den USA geförderten Schuman-Plan verbirgt: Das Streben der USA-Imperialisten, den gesamten westeuropäischen Wirtschaftskörper zu beherrschen, was zwangsläufig zur endgültigen Beseitigung der britischen Vormachtstellung nicht nur in Europa, sondern auch in Afrika und im nahen Osten führen muß. Heftige Auseinandersetzungen über den Schuman-Plan sind darum gegenwärtig zwischen London und Paris im Gange.

Die eifrige Unterstützung, die der Schuman-Plan seitens der Bonner Separat-Regierung findet, zeigt deutlich, daß Adenauer von den USA-Imperialisten dirigiert wird und ihm die Wünsche aus London nichts mehr bedeuten. Ähnliche Vorgänge zeigten sich auch auf dem Parteitag der SPD, wo die britische Labour-Regierung vergeblich ihren alten umfassenden Einfluß auf die rechte SPD-Führung geltend zu machen

versuchte. Der Hamburger Bürgermeister Brauer, der allgemein als das amerikanische Sprachrohr innerhalb der rechten SPD-Führung gilt, forderte, den Weisungen aus den USA entsprechend, genau wie Adenauer den vorbehaltlosen Beitritt Westdeutschlands zu dem von den USA-Imperialisten beherrschten Europarat und zu dem ebenso von diesen beherrschten Eisen- und Stahlkartell. Der Krach im westlichen Lager hat seine Ursache im Kampf um die wirtschaftliche und damit auch um die politische Vormachtstellung im westeuropäischen und afrikanischen Raum.

Goldsturz in Paris

Paris. (EB.) Die Krise in den kapitalistischen Ländern äußert sich in den vielfältigsten Form. So ist am ersten Börsentag nach Pfingsten der Goldkurs auf dem freien Markt in Paris sowie der freie Devisenkurs erneut zurückgegangen. Das französische 20-

Goldfrank-Stück (Napoleon) ist sogar unter den Kurs von 3000 Franc gesunken und das Kilo Barrengold zeigt einen Kursverlust von 5000 Franc und steht nun auf 429 000 Franc.

Westliche Besatzung verantwortlich

New York. (EB.) Der ehemalige amerikanische Hauptankläger bei den Nürnberger Prozessen, General Taylor, hat in der „New York Times“ die USA-Besatzungsbehörden wegen des Fehlschlagens der Entnazifizierung in Westdeutschland einer scharfen Kritik unterzogen. Für diesen „völligen Fehlschlag“, schreibt Taylor, seien die Besatzungsbehörden in hohem Maße verantwortlich, da sie es unterlassen hätten, die Deutschen über die wahre Natur des Nazismus zu unterrichten und die offiziellen Dokumente der Nazis zu veröffentlichen.

Arbeitsdienst für Jugendliche

Hann-Münden. 5000 arbeitslose Jugendliche sollen durch die Bundesregierung zwangsweise in ein Arbeitsdienstlager gebracht werden, um zu verhindern, daß sie in die DDR gehen, um dort Arbeit aufzunehmen.

Niederlage der Kriegshetzer

Von Hans Denig

„Das Deutschlandtreffen ist geblückt — Adenauer wird verrückt“, klang es aus Hunderttausenden jungen Kehlen beim Fackelzug, der am Pfingstmontag in Berlin stattfand. In diesen Worten ist alles enthalten, was die Spalter im Westen so vor Wut und Haß toben macht. Ihre Provokationen zur Verhinderung des Deutschlandtreffens zerbrachen am gemeinen Widerstand der Jugend in Ost und West. Die Wasserwerfer, Panzer und Maschinengewehre in den Westsektoren Berlins standen ungenutzt, genau so wie die Verstärkung der Stumm Polizei nichts bedeutete als eine Erhöhung der Steuerausgaben für Westdeutschland und Westberlin.

Und an der „Zonengrenze“ erreichten die massenweise eingesetzten Polizeistreifen gerade das Gegenteil von dem, was sie eigentlich wollten. Ihr oftmals brutales und frechen Auftreten gegen die westdeutschen Teilnehmer erregte in diesen den verstärkten Wunsch, die künstliche Barriere zu sprengen. Die 30 000 Jugendfreunde aus dem Westen, die trotz dem Berlin erreichten, beweisen dies.

All diese Tatsachen zeigten den Adenauer, Heuß und ihren anglo-amerikanischen Auftraggebern, daß das Lügende über die Deutsche Demokratische Republik zusammenbricht. Deshalb wurde die gesamte ihnen hörige Presse, einschließlich Rundfunk, auf ein neues „Ziel“ konzentriert, nämlich die Verleumdung der Teilnehmer.

Es begann damit, daß man zuerst die Zahl der westdeutschen Teilnehmer zu bagatellisieren versuchte. Man glaubte sich seines „Grenzschutzes“ so sicher, daß man annahm, niemand hätte mehr die DDR erreicht. Doch dieser Versuch der Herabminderung wurde sehr bald zunichte gemacht. Nimmher ging man dazu über und erklärte, die Teilnehmer am Deutschlandtreffen machten die Straßen der Berliner Westsektoren unsicher und „betiteln um Brot (!)“.

Bald wurden neue „Waffen“ ins Feld geführt: Eine Anzahl Jugendliche seien beim Deutschlandtreffen nach Westberlin „geflüchtet“, wurde erklärt. Tatsache ist, daß einige Jugendfreunde, die versichtlich die Sektorengrenze in Berlin überschritten, von der Stumm Polizei verhaftet wurden. Daß bei weit über 700 000 Teilnehmern nur winzige Zahlen angegeben werden, beweist wiederum, daß die Teilnehmer die westsektoralen „Gefilde der Freiheit“ mieden wie die Pest. Die Reuter, Schwenicke und Kaiser haben allen Grund, sich diese „Beliebtheit“ bei der Jugend hinter die Ohren zu schreiben.

Als der Tag der Rückreise nahte, arbeiteten die Giftküchen auf Hochtour. Was ist da nicht alles geschehen: „Heldenhafte“ Pfadfinder entrisen FDJlern ihre Fahnen und diese „erdreisten“ sich, sich zu verteidigen. Verschiedene bürgerliche Blätter meldeten erfreut, daß Hedlers Faschisten bei Helmstedt der FDJ das „Deutschlandlied“ entgegenschmetterten. Und schließlich sei der Hauptcoup nicht vergessen: In Berlin ist plötzlich „Typhus ausgebrochen“. Diese freche Lüge hat verschiedene Gründe. Erstens sollten die Angehörigen der Teilnehmer beruhigt werden. Zweitens wollte man sich damit eine Handhabe schaffen, um eine „ärztliche Untersuchungsaktion“ zu starten, mit dem Hintergedanken, sich damit die Personalien der Teilnehmer zu ergattern.

Aber auch dieser Plan scheiterte an dem hartnäckigen Widerstand der Jugend. Die über 10 000 Jugendlichen, die in Schleswig-Holstein die Grenze überschritten, weigerten sich mit Erfolg, die „menschlich-freundliche“ Zumutung der trizonischen Kriegshetzer anzunehmen. Besonders bedauerlich ist hierbei, daß ausgerechnet in Schleswig-Holstein, mit seiner sozialdemokratischen Regierung, dieser Versuch gestartet wurde und daß hiervon viele Angehörige der Roten Falken aus Hamburg und anderen norddeutschen Städten betroffen worden waren.

Schließlich muß festgestellt werden, daß alle Versuche von westdeutscher Seite aus, die Teilnehmer am Deutschlandtreffen zu beeinflussen und zu erpressen, ins Gegenteil umschlugen und die Jugend fester denn je aneinander ketzte. Mit wahren Heldenmut verteidigten sie ihre Rechte und kehrten in der großen Mehrheit unbekümmert nach Hause. Sie werden nun Gelegenheit haben, zu erzählen, wer eigentlich der Spalter Deutschlands ist und wer die Freiheit und die Demokratie vertritt. Zehntausende junger Friedenskämpfer in Westdeutschland haben neue Kraft zur Erringung ihres Zieles geschöpft: Für den Frieden, für die Einheit Deutschlands und für den Abzug der Besatzungstruppen.

Pressestimmen

Trygve Lies Moskau-Reise für Kriegshetzer peinlich

Es ist klar, daß die Reise des General-Sekretärs der Vereinten Nationen Trygve Lie nach Moskau, und insbesondere nach Moskau, von wo er als „Optimist“ zurückgekehrt ist, den Kriegshetzern in Washington nicht gefallen hat. Diese Reise wurde genau in dem Augenblick durchgeführt, in dem sich die atlantische Koalition in London damit beschäftigte, ihre Angriffsvorbereitungen auf die Spitze zu treiben. Unter diesen Bedingungen ist Trygve Lies Reise, ob man es will oder nicht, als der Ausdruck ein ganz unterschiedlichen Politik von der des amerikanischen Staatsdepartementes erschienen ...

Noch mehr, die Reaktionen auf die Reise Trygve Lies haben die tiefen Widersprüche enthüllt, die die atlantische Koalition spalten. Die Tatsache, daß Herr Schuman (der französische Außenminister, d. Red.) gezwungen war, von einer „internationalen Entspannung“ zu sprechen, bedeutet nicht, daß er diese Entspannung wünscht, aber es ist interessant festzustellen, daß er gezwungen ist, so zu tun, als ob er sich über den Optimismus Trygve Lies freuen würde, dem eine amerikanische Zeitung, die „Washington Post“ zynisch vorwarf, er habe den Olivenzweig ergriffen, den ihm Stalin reichte ...

Tatsächlich ist jedermann, der auf die eine oder andere Weise vom Frieden spricht, bei den Fana-

Den nachstehenden Artikel entnehmen wir dem „Neu-Isenburger Anzeigerblatt“ — Heimzeitung mit den amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Neu-Isenburg und anderer Behörden“ vom 26. Mai 1950, mit einigen unwesentlichen Kürzungen.

Am 5. Mai 1950 gab der Bundeskanzler Dr. Adenauer im Bundestag die Erklärung ab, daß sich noch 1,5 Millionen deutscher Kriegsgefangener in den Händen der Sowjetunion befänden. Seit dem Tage, an dem diese ungeheuerliche Erklärung abgegeben wurde, gibt es kaum eine Nummer der besatzungsergebnisse westdeutschen Presse, in der nicht in sensationeller Weise die Behauptung des Herrn Dr. Adenauer aufgefächert, abgewandelt oder sogar noch erweitert wurde. ...

Zum Thema dieser ganzen Kriegsgefangenen Diskussion muß man etwas sagen. Man muß das tun, um zu verhindern, daß gewisse politische Geschäftsmacher aus dem Unglück und Leid von Hunderttausenden deutschen Familien ihr Parteipöppchen kochen. Man muß es aber noch viel mehr aus einem anderen Grunde sagen: Damit nicht durch die Mittel der Lüge und der Heuchelei kaum fünf Jahre nach Kriegsende eine hemmunglose Haßwelle gegen andere Völker erzeugt wird, aus der nur allzu leicht die Interessenten an einem neuen fürchterlichen Krieg ihren Nutzen ziehen könnten.

Man könnte alle Spalten dieser Zeitung mit Beweismaterial füllen, daß Herr Adenauer und alle, die ihm nachsprechen, die Unwahrheit über die Kriegsgefangenenfrage gesagt haben: Nicht aus Fahrlässigkeit und nicht aus Unwissenheit, sondern mit vollem Wissen und mit kalter politischer Berechnung. Ich will mich mit einigen wenigen Beispielen für meine Behauptung begnügen:

1. Am 1. Dezember 1949 übergab der Bundesminister für Arbeit, Anton Storch, unter der Tagebuch-Nr. II/40/49 dem Vorsitzenden des Ausschusses für Kriegsofer und Kriegsgefangenenfragen im Bundestag, Abgeordneten Leddin, eine Aufstellung, aus der hervorging, welche (geschätzte) Zahl von Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft am

1. September 1949 von den Landesregierungen noch zurück erwartet wurden. Nach dieser Aufstellung, einer amtlichen Schätzung also, betrug am 1. 9. 1949 die Zahl der noch erwarteten Heimkehrer im ganzen Bundesgebiet 244 500. Auf das Land Hessen entfielen davon 19 000. Jedermann weiß, daß nach dem 1. 9. 1949 noch eine ganz beträchtliche Anzahl ehemaliger Kriegsgefangener heimgekehrt sind; zeitweilig waren es mehrere Tausend täglich. Und jeder Mensch, der ehrlich rechnet, muß darum zur Schlussfolgerung kommen, daß aus den 244 500, die am 1. 9. 1949 erwartet wurden, nicht 1,5 Millionen werden können, die am 5. 5. 1950 noch erwartet werden.

2. Bekanntlich führten amtliche Stellen zu Anfang dieses Jahres eine Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermißten im Bundesgebiet und Berlin durch. In allen Städten und Gemeinden des Bundesgebietes wurden gewissenhafte Feststellungen über die Zahl der Menschen erhoben, von denen die Angehörigen annehmen, daß sie noch am Leben sind und deren Heimkehr sie erwarten. Bei dieser amtlichen Registrierungsaktion haben sich beispielsweise in Essen, einer Stadt mit über einer halben Million Einwohnern, Angehörige von 483 Kriegsgefangenen gemeldet, Kriegsgefangenen, nicht nur in der Sowjetunion, sondern in allen Ländern der Erde. Im ganzen Land Nordrhein-Westfalen ergaben sich 13 369 noch nicht heimgekehrte Kriegsgefangene. Auch in Neu-Isenburg wurde wie überall eine solche Zählung durchgeführt. Sie ergab am 14. März 1950 die Zahl von 13 Kriegsgefangenen, von denen die Angehörigen wissen, und einen Straf- bzw. Untersuchungs- Gefangenen (Frankreich). Jeder Mensch, der rechnen kann, kommt auch aus diesen Zahlen zu anderen Ergebnissen als Herr Adenauer und die von ihm beeinflusste Presse.

3. Am 29. März 1950 gab das Presse- und Informationsamt in Bonn unter dem Aktenzeichen Nr. 377/50 eine offizielle Mitteilung an die Presse, deren Original in meinen Händen ist. Sie ist mit dem Vermerk „Sperrfrist: 29. 3. 50, 24 Uhr“ versehen. In

Was sich in Schleswig-Holstein abspielt in diesen Tagen, hat nur ein Vorbild in der jüngsten deutschen Vergangenheit: das Terrorregime Hitlers in seinem Dritten Reich. Denn nur zu Hitlers Zeiten wurden in Deutschland Deutsche, die für den Frieden kämpften, zu Freiwild erklärt, gehetzt, gefangen, mißhandelt. So geschah und geschieht es in diesen Tagen in Schleswig-Holstein auf Befehl der aus rechten Sozialdemokraten gebildeten Landesregierung. Ziel der Verfolgungen sind junge Deutsche aus westdeutschland die an dem Aufmarsch der vielhunderttausend jungen Kämpfer für den Frieden beim Deutschlandtreffen in Berlin teilnahmen und jetzt in ihre Heimatorte zurückkehren.

Noch nie hat eine der Reaktion dienstbare Regierung offen zugegeben, daß sie Terror ausübt gegen das Volk. Hitler nannte die Einsperrung der Kämpfer für den Frieden und für die Demokratie Schutzhaft. Die rechten Sozialdemokraten, die Schleswig-Holsteins Landesregierung bilden, haben den Befehl zur Jagd auf die jungen Deutschen, die auf der Rückreise aus Berlin begriffen sind, erteilt, „um die Bevölkerung Schleswig-Holsteins vor ansteckenden Krankheiten zu bewahren.“ An eine ärztliche Untersuchung denkt natürlich keiner der Polizisten und Oberpolizisten zwischen Schlutup und Eichholz an der Zonengrenze in Schleswig-Holstein. In der Tat wären Gummirollen und das Gebiß von Polizeihunden eigenartige Instrumente bei der ärztlichen Visite. Zudem waren die sanitären Vorkehrungen beim Deutschlandtreffen musterhaft. Es gab nicht einen einzigen Typhusfall.

Vergeblich war in dem KZ in Schleswig-Holstein die Vorstellung bei dem kommandierenden Polizeioffizier, daß die jungen Menschen um ihre Arbeitsplätze und um ihre Lehrstellen gebracht werden, wenn man sie nicht schnellstens die Heimreise fortsetzen läßt. Vergeblich der Hinweis, daß die tausende jungen Menschen im Freien widerrechtlich festgehalten, in ihrer sommerlichen leichten Kleidung der Gefahr schwerster Erkrankungen ausgesetzt sind.

Hier wird Krieg geführt gegen die Blüte des eigenen Volkes, das den Frieden will. Es ist ein Stück des kalten Krieges, der da geführt wird und mörderisch zu werden droht.

likern in Washington verdächtig. Da es sich aber um Trygve Lie handelt, ist ihre Verwirrung groß, denn es ist sehr schwer für sie, den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu diskreditieren, ohne daß sie sich selbst als Saboteure der Vereinten Nationen bloßstellen.

Pierre Curtade, „Humanité“, Paris.

Ein Krieg, den der weiße Mann verliert

Die Tage des weißen Mannes gehen in Süd-Ost-Asien zu Ende und es dümmert der Morgen für die Asiaten und die Kommunisten. Dies war der Hauptdruck, den Charles Gorry, ein Fotograf der Associated Press erwarb, der soeben von einer Reise Burma, Thailand, Indochina und Malaya zurückgekehrt ist, in deren Verlauf er mit britischen Plantagenbesitzern, französischen Offizieren, amerikanischen Zinnbergwerkseilern mit Eingeborenen, mit britischen und französischen Piloten und Soldaten sprach. In Burma, Malaya und Indochina fand er keinen kalten Krieg, sondern einen heißen Krieg der Asiaten gegen die Weißen mit Pfeil und Bogen und selbstgemachten Sprengstoffen gegen moderne Waffen. Es ist aber ein Krieg, den der weiße Mann verliert und jedermann empfindet dort eine starke Mißstimmung gegen die USA, die für die gegenwärtigen Schwierigkeiten schuldig gesprochen werden, die bezichtigt werden, es zugelassen zu haben, daß die Unruhen begannen und nichts dagegen unternommen zu haben.

„New York World-Telegram and Sun“.

Ein Wort zur Kriegsgefangenenfrage

Von Walter Fisch

dieser amtlichen Mitteilung der Adenauer-Regierung wird erklärt: Die im Bundesgebiet und Westberlin durchgeführte Kriegsgefangenen-Registrierung hat die Gesamtzahl von 69 000 Kriegsgefangenen, Strafgefangenen und Untersuchungsgefangenen ergeben, und zwar nicht nur in der Sowjetunion, sondern in allen Ländern der Erde zusammen. Jedem ehrlich rechnenden Menschen ist es klar, daß aus 69 000 deutschen Kriegsgefangenen, Straf- und Untersuchungsgefangenen in der ganzen Welt am 29. 3. 1950 nicht 1,5 Millionen deutscher Kriegsgefangener allein in der Sowjetunion am 5. Mai 1950 werden können.

4. Die Registrierungsaktion der Landesregierung hat nicht nur die Kriegsgefangenen erfaßt, sondern auch die Vermißten. Im Endresultat ergaben sich dabei 1 148 000 Vermißte der ehemaligen Wehrmacht (von allen Kriegsschauplätzen, also nicht allein der Sowjetunion) und 190 000 vermißte Zivilpersonen. Was ist also geschehen? Herr Adenauer und alle diejenigen, die ihm wider besseres Wissen nachsprechen, haben im Mai 1950 über 1,3 Millionen seit vielen Jahren vermißter Deutscher zu noch lebenden und zwar in der Sowjetunion lebenden deutschen Kriegsgefangenen umgefächert.

Muß man im Mai 1950 nach Beweisen dafür suchen, daß an allen Fronten dieses erbarmungslosen Krieges, ebenso wie im Hinterland der Front, Hunderttausende von deutschen Soldaten umgekommen sind, ohne daß ihr Tod amtlich gemeldet werden konnte? Muß man wirklich nach Beweisen dafür fragen, ob es wahr ist, daß in den grauenhaften Kesselschlachten des Ostens ungezählte Menschen starben, ohne daß die Familien benachrichtigt werden konnten? Weiß niemand von Hunderttausenden von ertrunkenen, zerfetzten deutschen Soldaten? Welch eine Infamie ist es, gerade das Schicksal dieser so tragisch ums Leben Gekommenen heute zu erbärmlichen politischen Agitationsgeschäften auszunützen. ...

Es möge ein jeder einmal ganz still für sich zu Hause darüber nachdenken, wer wohl ein Interesse daran haben mag, daß

KZ gegen junge Kämpfer für den Frieden

Terrormaßnahmen wie unter der Nazi-Barbarei

Die westdeutsche Presse, die von jenseits des Ozeans her ferngelenkt, schweigt über das, was sich bei Lübeck in der Gegend von Schlutup bei Eichholz abspielt. Dies Schweigen gehört zum kalten Krieg. Sie berichtet dafür, wie „Die Welt“ es am Mittwoch tat, in fetter Schlagzeile ausgerechnet „99 suchten Pfingsten in Westberlin Schutz“. Die „Wohltaten“, denen die jungen deutschen Menschen in dem großen Konzentrationslager in Schleswig-Holstein ausgesetzt sind, allerdings wirken überzeugender als alle verlogenen Nachrichten und Kommentare der amerikahörigen Presse.

„Hohe alliierte Vertreter“, und „Pressekommentare der westlichen Welt“, auf die das gesinnungsmäßig amerikanische Blatt „Frankfurter Rundschau“ sich beruft, sprechen von leeren Worten, als die sich die kommunistischen Drohungen angesichts der westlichen Verteidigungsbereitschaft“ herausgestellt habe. „Die westliche Verteidigungsbereitschaft“ ist zwischen Schlutup und Eichholz in Taten umgesetzt. Sie zeigen, wie sehr der Kampf um den Frieden eine Gefahr ist für die Imperialisten, die den Krieg wollen, weil sie den Frieden fürchten, wie Hitler ihn gefürchtet hat. Hitler glaubte, sich durch den Krieg retten zu können, weil er seinen Untergang durch den Frieden als sicher voraussah. Und so war das Deutschlandtreffen eine Drohung nur für diejenigen, die am Frieden zu ersticken fürchten, die Imperialisten der USA mit ihrem Troß verschiedener Nationalität, aber gleicher Furcht vor dem Volke, gleicher Furcht vor dem Frieden.

Helle Empörung muß in allen Gauen Deutschlands der Polizeikrieg gegen die Heimkehrer vom Deutschlandtreffen in Schleswig-Holstein hervorgerufen, allgemein muß die Forderung sein: Laßt die jungen Menschen heimkehren zu ihren Familien und an ihre Arbeitsstätten. Laßt sie weiter wirken, weiter kämpfen für den Frieden.

Nicht verwischt kann durch die Missettät

in Schleswig-Holstein werden der tiefe Eindruck, den das Deutschlandtreffen der Jugend in der ganzen Welt hervorgerufen hat. Es wird der großen Aktion der Aechtung der Atombombe und der Forderung der Bestrafung derjenigen Regierung, die sie als erste anwendet, als Kriegsverbrecher, entsprechend den Stockholmer Beschlüssen, einen neuen mächtigen Impuls geben.

„Frankreich. Unter den vielen Stadtverwaltungen, die den Appell von Stockholm unterzeichnet haben, wird hervorgehoben die Stadtverwaltung von Versailles und von Nantes, die sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzten.

England. Neun Vereinigungen der Schule für Politische Oekonomie der Universität London, haben einen Aufruf erlassen, worin sie die Studenten auffordern, die Unterschriftenkampagne gegen die Atombombe zu unterstützen.

Tschechoslowakei. An einem Sonntag wurden 1 500 000 Unterschriften gesammelt. Viele römisch-katholische Priester haben ihre Gläubigen aufgefordert, den Appell von Stockholm zu unterstützen.

USA. 10 Professoren der Howard-Universität und des technologischen Instituts von Massachusetts haben an das amerikanische Volk ein Manifest gerichtet, welches die Verurteilung der Atombombe fordert. Sie erklärten: „Man muß die Welt und das amerikanische Volk von diesem Alpdruck befreien.“

Frankreich. Unter den vielen Stadtverwaltungen, die den Appell von Stockholm unterzeichnet haben, wird hervorgehoben die Stadtverwaltung von Versailles und von Nantes, die sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzten.

„Frankreich. Unter den vielen Stadtverwaltungen, die den Appell von Stockholm unterzeichnet haben, wird hervorgehoben die Stadtverwaltung von Versailles und von Nantes, die sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzten.“

„Frankreich. Unter den vielen Stadtverwaltungen, die den Appell von Stockholm unterzeichnet haben, wird hervorgehoben die Stadtverwaltung von Versailles und von Nantes, die sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzten.“

„Frankreich. Unter den vielen Stadtverwaltungen, die den Appell von Stockholm unterzeichnet haben, wird hervorgehoben die Stadtverwaltung von Versailles und von Nantes, die sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzten.“

In Freundschaft für den Frieden

Als ob ihr Berichterstatter selbst in der Zentrale von der aus diese Provokationen befohlen wurde, gessen hätte, so genau zählt er sie auf. Andere Zeitungen berichten nichts davon. Dafür aber berichten sie von der Verhaftung solcher Agenten, die Überschrift heißt dann „Verhaftungen und Entführungen“ („Frankfurter Rundschau“).

Welchen Eindruck der Aufmarsch der deutschen Jugend aber wirklich machte, das sagte die ebenfalls amerikanisch lizenzierte „Frankfurter Neue Presse“. Sie schreibt: „Anfangs gab es auf der Pressetribüne manche ironische Bemerkung unter den ausländischen und westdeutschen Journalisten. Sie wurden von Stunde zu Stunde stiller. Jetzt braucht nur einer aus dem Lautsprecher zu rufen: Linksum kehrt! — so formulierte ein amerikanischer Journalist den allgemeinen Eindruck — und viele dieser Kinder marschieren durchs Brandenburger Tor, unbeirrbar, wie im Trance, und wenn sie von Maschinengewehrfeuer und Panzer empfangen würden.“

Aber niemand hatte je daran gedacht, der deutschen Jugend dieses Ziel zu geben, außer diesen selbst amerikanischen und westdeutschen Journalisten, die monatelang vorher in ihren Zeitungen geschrieben hatten, daß es das Ziel des Pfingsttreffens sei, Westberlin militärisch zu erobern. Im Gegenteil, Walter Ulbricht sagte sehr klar, welches Ziel man sich in der Deutschen Demokratischen Republik gesteckt hat:

„Wir werden die Ueberlegenheit der Planung gegenüber der Unordnung des Westens nachweisen.“

Damit ist aber auch der Unterschied klar gekennzeichnet, der zwischen den Zielen der

eine solche wilde Haßkampagne, wie wir sie jetzt erleben, aufgezüchtet wird; wer wohl daran interessiert ist, den alten von Goebbels her bekannten Russenhaß wieder neu in Deutschland zu pflegen und zu nähren. Es gibt eine einfache Antwort darauf: Dieser Tage beschlossen die Mächte des Atlantikpakt in London, detaillierte militärische Pläne für einen „möglichst raschen Vorstoß nach Osten“.

General Clay, der ehemalige Militärgouverneur der US-Zone, kommentierte diesen Beschluß mit der Feststellung, in einem kommenden Krieg seien deutsche Infanteriedivisionen erwünscht, während sich die Amerikaner auf die Bereitstellung „strategischer Langstreckenbomber“ beschränken sollten. Hier liegt die Lösung des Rätsels, warum Haß unter den Deutschen gesät wird. Gewisse Leute, die bereits wieder mit deutschen Infanteriedivisionen rechnen, brauchen auch eine kriegerische Stimmung im deutschen Volk, kriegerisch gegen die Sowjetunion. ...

Die einfachen Menschen unseres Volkes wenden sich mit Abscheu von diesem schändlichen Treiben ab. Sie sind nicht interessiert an einer neuen Kriegspsychose, weil sie in Frieden leben wollen, auch in Zukunft. Und alle anständigen Menschen müssen darum den Fälschern und Verleumdern die auf die Unwissenheit der Menschen spekulieren, das Handwerk legen.

Für Aechtung der Atombombe

Herr Sanhoury Abdelrazzak, Präsident des ägyptischen Staatsrates hat den Appell von Stockholm unterzeichnet. Ihm schlossen sich noch mehrere Mitglieder der Kammer an.

Die Föderation für Literatur und Kunst in China hat einen Aufruf an alle chinesischen Künstler und Schriftsteller gerichtet und sie aufgefordert, den Stockholmer Appell zu unterzeichnen.

USA. 10 Professoren der Howard-Universität und des technologischen Instituts von Massachusetts haben an das amerikanische Volk ein Manifest gerichtet, welches die Verurteilung der Atombombe fordert.

Sie erklärten: „Man muß die Welt und das amerikanische Volk von diesem Alpdruck befreien.“

Frankreich. Unter den vielen Stadtverwaltungen, die den Appell von Stockholm unterzeichnet haben, wird hervorgehoben die Stadtverwaltung von Versailles und von Nantes, die sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzten.

England. Neun Vereinigungen der Schule für Politische Oekonomie der Universität London, haben einen Aufruf erlassen, worin sie die Studenten auffordern, die Unterschriftenkampagne gegen die Atombombe zu unterstützen.

Tschechoslowakei. An einem Sonntag wurden 1 500 000 Unterschriften gesammelt. Viele römisch-katholische Priester haben ihre Gläubigen aufgefordert, den Appell von Stockholm zu unterstützen.

Die Partei baut sich ihr Haus!

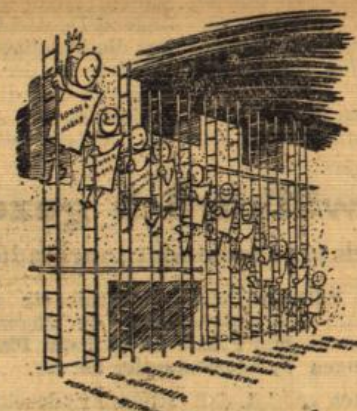
Im friedlichen Wettstreit der Länder um den größten Beitrag zum Bau des Parteihauses hält Nordrhein-Westfalen die Spitze. Im industriellen Herzen Deutschlands zeigen unsere Genossen den größten Eifer beim Umsatz der Sondermarken und schaffen hervorragende Beispiele persönlicher Opferbereitschaft, wenn es um die Sache der Partei, um die Sache des Friedens geht.

So hat der Genosse Franz Collet aus Weisweiler im Kreis Düren den Lohn für eine Sonntagschicht, die er verfuhr, für den Neubau des Parteihauses hergegeben. Zu diesen 12,— DM hat er aus seinen Ersparnissen weitere 52,— DM

hinzugefügt, so daß insgesamt 64,— DM für das neue Parteihaus gespendet hat.

Sicherlich ist nicht jeder imstande, soviel zu geben wie der Genosse Collet. Alle Genossen aber können sich dafür einsetzen, daß die Sondermarken zum Parteihaus-Bau rechtzeitig gezeichnet und abgerechnet werden.

Jetzt kommt es darauf an, dem Beispiel, das Nordrhein-Westfalen geschaffen hat, in allen Ländern nachzueifern. Dann ist die rasche Fertigstellung unseres Parteihauses gesichert, dann werden wir noch besser den Kampf um den Frieden und ein einheitliches demokratisches Deutschland führen können.



Deine Sondermarke ist Dein Baustein!

Partei Vorstand

Moskau — die lebendige Stadt

Eine Stadt wird zum Symbol einer neuen Gesellschaftsordnung

Bereits in unserer Ausgabe vom 22. Mai veröffentlichten wir unter der Überschrift „Der 1. Mai in Moskau“ einen Erlebnisbericht von Heinrich Holle aus Heidelberg über seine Eindrücke in Moskau. H. Holle war als westdeutscher Delegierter anlässlich des Kampftages der Internationalen Arbeiterklasse nach der Hauptstadt der Sowjetunion eingeladen. Nachstehend bringen wir nun von demselben Verfasser die zweite Reportage über Moskau, der in den nächsten Tagen noch weitere folgen werden.

Es gibt Kulturfilme, in denen man das Wachstum einer Blume zeigt und sieht dann wie dieselbe sich reckt, streckt und aufblüht. Es müßte ungemein reizvoll sein, in einem solchen Film über Moskau zu erleben, wie Straßen des „großen Dorfes“ aus der Zarenzeit sich breit machen, wie neue Lebensadern entstehen, wie sie sich aus dem Zentrum um den Kremel herausdrängen, gerade Strecken und wie im Strahlen hinauslaufen. Zuzuschauen, wie im Wege stehende, gute Häuser zur Seite gedrängt werden, schlechte baufällige verschwinden und schöne zweckmäßige Wohnbauten aus dem Boden schieszen, wie Plätze nach einem warmen Regen, wie Dörfer überflutet werden und sich zu Teilen der Stadt wandeln, neue Ringe um den Stadtkern entstehen, Kulturparks und Grünanlagen wachsen und 600 000 Bäume die Straßen der Stadt umsäumen — kurz — wie die lebendige Stadt Moskau zur schönsten, gesündesten und saubersten Großstadt der Welt wird.

Bei der großen Stadtplanung — ein großer Teil des Planes steht nicht mehr auf dem Papier, sondern bereits an der Straße — standen nicht nur die besten Architekten, Verkehrsfachleute, Aerzte, Wissenschaftler und Künstler Pate, sondern selbst die Meteorologen sprachen ein gewichtiges Wort mit. So erklärte uns am großen Plan der Stadt die Leiterin dieser Abteilung: „Früher wohnten hier auf einer Fläche von 17 000 ha 1,5 Millionen Menschen, zu 75 Prozent in Holzhäusern. Heute sind es 6 Millionen auf 35 000 ha, zu einem großen Teil bereits in neuen Wohnbauten. Bei gleicher Bevölkerung die Stadt zur Zeit auf 60 000 ha erweitert. Dies wird zu einer großen Verbesserung der Wohnkultur führen.“

Bei unserer Fahrt zu den Leninbergen bot sich uns ein wunderbarer Blick auf die Stadt mit all ihren Türmen, Bauten und Neubauten. Hier entsteht die größte und modernste Universität der Welt. Mit keramische Platten verkleidet, der Sockel aus rotem Granit, 26 Stockwerke und 200 Meter hoch, inmitten von 160 ha Grünflächen und Parks wird der Hauptbau ein markanter Punkt im Stadtbild werden.

6000 Einzelzimmer, eine großartige Klimaanlage (Frischluff wird aus speziellen Parkanlagen angesaugt) sowie eine Anzahl kultureller Einrichtungen werden die Arbeit der Studenten erleichtern und fördern. Bis nahe hierher, wo die Südwestwinde, fast das ganze Jahr wehend, frische Waldluft in die Stadt tragen, wird sich Moskau ausdehnen und die Lenin-Straße als Lebensader mitbringen.

Bis 1952 werden auch weitere sieben Hochbauten fertiggestellt sein, sie werden nicht wie die Büroschachtel der UNO in New York aussehen, sondern sich organisch in den historisch gewachsenen Stil der Kulturbauten Moskaus einfügen, als Kompositions- und Kristallisationspunkte der Stadtteile.

Einige Bauten aus der Zeit vor der großen Stadtplanung gibt es auch, sie sind nach Entwürfen westlicher Architekten in „moderner Sachlichkeit“ erbaut und wirken

teilweise wie Druckfehler in einem schönen Buch.

Kulturinstitute der Völker

Moskau hat 24 Theater, ein zentrales Kindertheater, 60 Museen, 17 Hochschulen und mehr Studenten als London, Paris und New York zusammen. Theater, Musik und Ballet sind auf solch einer kulturellen Höhe, daß die kapitalistische Presse sich kaum mit ihren Tintenklüsen darantraut, und das will schon was heißen. Die Museen sind genau wie das Theater Kulturinstitute des Volkes, das in hellen Scharen, jung und alt, hierherkommt und durch ausgezeichnete Fachkräfte (keine Museumsdiener in unserem Sinne) durch die anschaulich angelegten Sammlungen geführt wird. Man muß die lernbegierigen und aufmerksamen Gesichter der großen und kleinen Moskauer gesehen haben, um zu begreifen, daß sich hier ein Volk die Kultur, und die Kultur ein Volk erobert.

Die Sowjetregierung bemüht sich außerordentlich, um die Pflege alten und neuen Kulturgutes. Als einmal einer von uns eine Überraschung äußerte, welche breiter Raum der religiösen Kunst gewidmet ist, wurde derselbe taktvoll belehrt, daß man die kulturellen Dinge im historisch-dialektischen Ablauf begreifen müsse, die betreffende Epoche habe eben im wesentlichen nur religiös bestimmte Kunst hervorgebracht.

Das Verkehrssystem Moskaus ist hervorragend organisiert

Die Straßen sind von einer unwahrscheinlichen Sauberkeit und da der meiste Verkehr auf der Straße sich mittels elektrisch betriebener Omnibusse abwickelt, ist die Luft nicht durch die giftigen Kohlenoxydgerüche verpestet und auch nicht durch derartiger Straßenbahnen Lärm erfüllt. Der Besuch der Moskauer Metro (Untergrundbahn) ist ein abendfüllendes Kulturprogramm. Die frische angenehme Luft, die gleiche unwahrscheinliche Sauberkeit wie auf den Straßen und die unvergleichliche Schönheit der Bahnhöfe sind besonders eindrucksvoll. Das gibt es sonst nirgends in der Welt. Nirgends entsteht der Eindruck, als ob man unter der Erde sei, und das, obwohl man eine unerhörte lange Rolltreppe nach unten gefahren ist. Man erzielt diese Wirkung durch Lichteffekte oder durch Deckengemälde. Der Mensch soll sich hier unten nicht bedrückt fühlen. Die Wände sind wunderbar mit Steinen und Marmor ausge-

kleidet. Überall sieht man künstlerisch wertvolle Statuen und Reliefs. Ein Bahnhof auf dem Kinder bei jeglicher Art Spiel und Sport dargestellt sind, fiel mir besonders auf.

Diese Untergrundbahn wird täglich von zwei Millionen Fahrgästen benutzt, man überlege, welcher Erziehungsfaktor zur Sauberkeit, Schönheit und Kultur täglich auf den Menschen einwirkt. Diese Absicht, Einrichtungen, die gesellschaftlichen Zwecken dienen, als Erziehungsfaktor wirken zu lassen, tritt überall sinnvoll in Erscheinung. Immer sind auch

Frauen in führenden Stellen.

Bei jeder Tätigkeit sind sie vertreten. So ist es auch charakteristisch, daß der Chef der Metro eine Frau ist und daß das weibliche Personal überwiegt, dabei ist Fahrtechnik und Sicherheit vorbildlich. In Moskau und in der ganzen SU beweisen die Frauen und Mädchen, daß sie zu jeder Leistung fähig sind, an die sie sich heranwagen. Das war zunächst natürlich nur in der Sowjetunion möglich, weil es hier keine Vorrteile gegen die Frauen und Mädchen mehr gibt.

Es ist eine alte Erkenntnis der sozialistischen Arbeiterbewegung, daß sich die Frau von ihrer jahrhundertalten Rückständigkeit und Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überhaupt befreit wird, und eben das ist in der Sowjetunion unter der Leitung Lenins und Stalins Wirklichkeit geworden. Das und nichts anderes ist die Erklärung für die Tatsache, daß die Frau in der Sowjetunion selbstbewußt und gleichberechtigt mit dem Mann Schulter an Schulter an der Weiterentwicklung des sozialistischen Staates arbeitet.

Immer mehr Männer und Frauen in der Welt spüren die Kraft des guten Beispiels und beschreiten den gleichen Weg.



Moskau
Gorkistraße - Hotel Muskau

Verbot der KP Australiens Ein Schlag gegen die Gewerkschaften

Mit Hilfe von Hetze, Terror und einem Wahlsystem, das den wirklichen Volkswillen verfälscht, ist es in Australien gelungen, die Kommunisten aus allen Parlamenten zu verdrängen und ihren Stimmanteil bei den letzten Wahlen auf weniger als 1 Prozent zurückzutreiben. Dennoch hielt es die Reaktion für nötig, einen gegen die Verfassung verstößenden Gesetzentwurf einzubringen, in dem das Verbot der Kommunisten aus Ämtern in Gewerkschaften der Schlüsselindustrien gefordert wird.

Warum, so muß man fragen, greift die Reaktion zu solchen Mitteln, nachdem sie so sichtbare „Erfolge“ errungen hat? Warum stören sie die 13 000 Kommunisten, die es bei einer Bevölkerung von 8 Millionen gibt? Neben der Furcht vor den Auswirkungen der kommunistischen Siege in Ostasien bereitet vor allem die hervorragende Arbeit der Kommunistischen Partei den australischen Scharmachern Sorge.

„Erfahrene Gewerkschafter sagen, daß wenn einige Gewerkschaften der kommunistischen Führung zugänglich gemacht wurden, dies darauf zurückzuführen ist, daß die kommunistischen Gewerkschaftsführer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpften.“

Bemerkte die Londoner „Times“ am 22. 5. 1950. In der Tat haben unsere australischen Genossen hervorragenden Verdienst, die Arbeiter der entscheidenden Industrien in den Kampf um ihre eigenen Forderungen zu führen, wovon der lange und mit einem Erfolg endende Bergarbeiterstreik im letzten Winter ein bezeichnendes Zeugnis ablegte. Deshalb richtet die Reaktion ihren Haß gegen die Kommunistische Partei und deshalb ist diese der offenen Verbotsdrohung ausgesetzt.

Sogar die „Times“ kommt trotz ihrer Lobreden darüber, daß den bösen Kommunisten keine Toleranz gewährt wird, nicht daran vorbei, einige Bedenken gegen diese offene faschistische Maßnahme auszusprechen und läßt sich von ihrem Korrespondenten aus Australien berichten, daß die Zahl derer wächst, die

„die Australier warnen, sich davor zu hüten, die Rechte und Freiheiten zu gefährden, die sie zu verteidigen suchen, während sie sie gegen Kräfte schützen, die die Freiheit bedrohen (damit sind die Kommunisten gemeint, die für die Freiheit der Arbeiter eintreten, d. Red.).“

Vor allem stößt die Zustimmung eines Teiles der Labour-Führung zu dieser faschistischen Gesetzgebung auf den wachsenden Widerstand der australischen Gewerkschafter. Dieser Stimmung muß sogar der Korrespondent des Besatzungsblattes „Die Neue

Zeitung“ Rechnung tragen, der am 14. 5. aus Sydney berichtete:

„Aber die Labour-Partei, deren Wähler zu einem großen Teil Gewerkschaftsmitglieder sind wach und eifersüchtig über das Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften, und aus dieser Perspektive kann ihr die Hauptbestimmung der antikommunistischen Gesetzgebung kaum zuzugestimmt werden. Sie steht im Widerspruch zur gesamten politischen Tradition der australischen Labour-Bewegung, in der die Unabhängigkeit und Unantastbarkeit der Gewerkschaften stets ein Eckstein war.“

Das Blatt liefert auch den Beweis dafür, daß mit dem Verbot der KP als Führerin die gesamte Arbeiterklasse getroffen werden soll, deren geschichtlich entstandenen elementaren Organisationen die Gewerkschaften sind. Es schreibt:

„Das Parteiverbot selbst ist verhältnismäßig unwesentlich. Mit der Schließung von ein paar Parteibüros und der Beschlagnahme der Parteifonds, die ohnehin, wenn das Gesetz in Kraft tritt, längst an zuverlässige Parteimitglieder verteilt sein werden, wäre wenig getan. Der Kern der neuen Gesetzgebung und gleichzeitig ihr Hauptzweck sind vielmehr diejenigen Bestimmungen, die auf eine Brechung des Einflusses der Kommunisten in den Gewerkschaften abzielen. Sie ermächtigen die Regierung, jeder Person, die während der letzten zwei Jahre Mitglied der Kommunistischen Partei war, zu verbieten, ein Amt in einer Gewerkschaft zu bekleiden, deren Mitglieder in einer „Schlüsselindustrie“ wie Kohlenbergbau, Baugeverbe, Transportwesen, Eisen- und Stahlgewinnung, Elektrizitätserzeugung usw. beschäftigt sind.“

Daß damit in der Praxis nicht nur die Kommunisten, sondern alle den Unternehmern lästige Gewerkschafter angegriffen werden können, geht aus der Bestimmung des Gesetzentwurfes hervor, wonach jeder als Kommunist Angeklagte so lange als schuldig gilt, bis er selbst den Beweis seiner Unschuld erbringen kann.

Die „Times“ bringt diese Gedanken noch deutlicher zum Ausdruck und kommt zu der für ein konservatives Blatt erstaunlichen Feststellung:

„Gewerkschafter innerhalb der Labour Party betrachten den Ausschluss von Kommunisten aus Gewerkschaftstellungen als eine Vergewaltigung der Gewerkschaften, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln... Daß Leute dem Gesetz unterworfen werden sollen, die z. B. an einer Friedenskampagne teilnehmen, nur weil Kommunisten in der Organisation sind, die diese Kampagne führt, ist reine Tyrannei.“

So unglaublich es auch scheinen mag, das australische Repräsentantenhaus hat dieses ungeheuerliche faschistische Gesetz bereits angenommen, und wenn auch der Senat die Vorlage gutheißt, dann hat sie Gesetzeskraft erlangt. Die Mißstimmung darüber, die sich selbst in den reaktionärsten Zeitungen widerspiegelt, ist aber ein Anzeichen dafür, daß die Legalität der Kommunistischen Partei Australiens noch erfolgreich verteidigt werden kann. Dies ist eine Frage internationaler Solidarität geworden, die keineswegs nur die Kommunisten etwas angeht, sondern auch die Sozialdemokraten und Gewerkschafter, weil in Australien, ebenso wie in Adenauer-Staat dem Verbot der Kommunistischen Partei Verfolgungsmaßnahmen gegen sozialdemokratische Mitglieder und Gewerkschafter folgen würden, wie dies schon 1933 nach Errichtung der Naziherrschaft der Fall war. F. U.

China baut auf — allen Schwierigkeiten zum Trotz

Gigantische Aufgaben werden von einem 475-Millionen-Volk entschlossen angepackt

Über die ungeheuer große Aufgabe, die der Wiederaufbau Chinas und die Umwandlung des 475-Millionen-Reiches von einem Agrarland in einen modernen Industriestaat darstellt, können wir uns in Europa kaum eine Vorstellung machen. Ein hervorragender sowjetischer China-Kenner, Astafjew, hat in einer Artikelserie in der in Moskau erscheinenden außenpolitischen Wochenschrift „Neue Zeit“ eine Fülle von Material veröffentlicht, das uns das Verständnis für diese gigantische Aufgabe näherbringt. Der nachfolgende Artikel ist eine knappe Zusammenfassung der wichtigsten Aufgaben, die aus diesem hochinteressanten Material entnommen und neu dargestellt wurden.

Obwohl es einige Industriezentren gibt, ist China infolge der gewaltsamen Niederlage seiner Produktivkräfte während der jahrhundertelangen imperialistischen Herrschaft, wenn man die Größe des Landes im Auge hat, ein rückständiges Land geblieben. Im größten Teile von China herrschten bis zur Befreiung noch feudale Zustände und der Kapitalismus konnte sich nur schwach entwickeln. Bis zum japanisch-chinesischen Krieg betrug der Anteil der Industrie am Nationaleinkommen nur 10,7 Prozent. Der größte Teil dieser ohnehin nur sehr schwach entwickelten Industrie entfiel auf Kleinindustrie und Heimarbeit. Nur 10 Prozent der Industriearbeiten wurden in Fabriken hergestellt. Selbst bei dem am besten entwickelten maschinellen Industriezweig, der Baumwollweberei, konnten einschließlich der ausländischen Einfuhr nur 25 Prozent des Bedarfs aus Fabrikbetrieben gedeckt werden, 75 Prozent des Bedarfs lieferte das Kleingewerbe und die Heimindustrie. Am Gesamtindustrie-Volumen betrug der Anteil der Lebensmittelindustrie 49 Prozent, der Textilindustrie 29 Prozent. Der Anteil der Produktionsmittelindustrie war geringer als 1 Prozent. Lediglich in der Mandchurei wurde während der japanischen Besetzung eine Schwerindustrie zur Dek-

kung des japanischen Rüstungsbedarfs aufgebaut.

Hunger forderte mehr Todesopfer als Krieg an den Fronten

Die meisten Chinesen — das läßt sich hieraus ableiten — lebten daher von der Landwirtschaft, 33% der Bauern besaßen keinen Boden, 26% hatten weniger als 0,7 ha Land, 18% nicht mehr als 1,3 ha und 9% nicht mehr als 2 ha. Nur 14% der Bauernfamilien besaßen über 2 ha Land. Die Gutsbesitzer, die nur 4% der landwirtschaftlichen Betriebe besaßen, waren dagegen Eigentümer von 50% des Bodens.

Der Hunger forderte mehr Todesopfer als der Krieg an den Fronten. 1927 gab es in China 9 Millionen Hungernde, 1928 37 Millionen und 1929 54 Millionen. Allein in der Provinz Honan hungerten von 30 Millionen Einwohnern in den Jahren 1943 und 1944 10 Millionen, davon starben 2—3 Millionen. In nur 3 Provinzen, in Kwangsi, Kwangtung und Hunan starben in den Jahren 1946 und 1947 17,5 Millionen Menschen den Hungertod.

30 Jahre Krieg und amerikanische Ausbeutung zerrütteten die Wirtschaft noch mehr

Der ohnehin niedrige Produktionsstand des Landes sank durch eine in 30 Jahren kaum unterbrochene Kette von Kriegen noch tiefer. Während der japanischen Besetzung wurden riesige Lebensmittelvorräte zerstört, ein großer Teil des Viehbestandes vernichtet und das Bewässerungssystem geriet in Verfall. Nach der Niederlage der Japaner wurde China durch Finanzspekulationen der „vier Familien“, die es beherrschten, und vor allem dadurch, daß diese „vier Familien“ das Land den Monopolen der USA noch unmittelbarer als früher ausliefern, um ihre Klasseninteressen zu retten, vollends ruiniert. Die USA-Herren pumpten nicht nur durch Dumping-Einfuhr

den die letzten Devisenvorräte heraus, sondern sie setzten die von den Japanern begonnene Zerstörung der nationalen Industrie und des nationalen Handels fort. Laut amtlichen Angaben der Kuomintang betrug die Ausbeute bzw. die Produktion von Steinkohle im Jahre 1947 noch 16,7 Millionen Tonnen gegenüber 41 Millionen im Jahre 1936. Die Ausbeute von Eisenerz ging von 3,3 Millionen Tonnen im Jahre 1936 auf 20 000 Tonnen im Jahre 1947 zurück, die von Rohseisen von 1,4 Millionen Tonnen auf 40 000 Tonnen im selben Zeitraum.

Was die Volksrepublik bereits geleistet hat

Nur wer sich diese nüchternen Tatsachen vergegenwärtigt, kann sich ein Bild davon machen, was die junge Volksrepublik bereits geleistet hat, und zwar trotz der Tatsache, daß wegen vorläufig noch notwendigen Militärausgaben und infolge der Schwierigkeiten, die durch die Übernahme eines schwerfälligen Verwaltungsapparates von den Kuomintang entstanden sind, noch 6 Prozent des Budgets für Verwaltungs- und Militärausgaben verwendet werden müssen.

Bis Anfang 1950 haben 150 Millionen Bauern Land erhalten. Allmählich werden in Gestalt von Brigaden der gegenseitigen Arbeitshilfe, sowie von Produktionsgenossenschaften, kollektive Arbeitsformen verbreitet, Maschinen eingebürgert und in kollektiver Arbeit Bewässerungs- und Entwässerungsarbeiten durchgeführt. Dadurch werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Dürre und Überschwemmungen und damit Hungerkatastrophen abgewendet werden können.

Große Leistungen werden auf dem Gebiet des Verkehrswesens vollbracht. Bis Anfang des Jahres wurden 78 Prozent des Eisenbahnnetzes in ganz China wiederhergestellt,

das der Mandchurei zu 100 Prozent. Ein schwer zu lösendes Verkehrsproblem bestand auch darin, die Küstenstädte, die früher mit Lebensmitteln und Rohstoffen ausschließlich durch die Kolonialherren beliefert wurden, an das chinesische Verkehrssystem anzuschließen. Die großen Hafenstädte werden jetzt aus dem Inneren Chinas versorgt.

Durchschnittslohn stieg in der Mandchurei um 27 Prozent

Eindrucksvolle Zahlen über die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung sind aus der Mandchurei erhältlich. Der Getreideertrag stieg von 6 Millionen Tonnen am Jahre 1947 auf 14 Millionen im Jahre 1949 und soll in diesem Jahre mindestens 18 Millionen betragen. Die Kohlenförderung stieg von 3—4 Millionen Tonnen im Jahre 1947 auf 10—11 Millionen im Jahre 1949. Das Plansoll der Betriebe, die dem Industrie-Departement unterstellt sind, wurde in bezug auf die Bruttoproduktion im Jahre 1949 um 4,2 Prozent übererfüllt. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben stieg im selben Zeitraum um 240 000 und der Durchschnittslohn um 27 Prozent. In diesem Jahr ist vorgesehen, die Gesamtproduktion der staatlichen und genossenschaftlichen Betriebe, verglichen mit dem Vorjahr, um 83 Prozent und die der landwirtschaftlichen Produktion um 37 Prozent zu steigern.

Eines der Hauptprobleme ist die Entwicklung technisch geschulter Wirtschaftskader. Hierfür kommt in erster Linie die Arbeiterklasse der Mandchurei in Betracht, aus der schon die ersten zehntausende talentvolle Wirtschaftsleiter hervorgegangen sind.

Die Sowjetunion hilft China

Eine wesentliche Hilfe für den schnellen Aufbau Chinas leistet die Sowjetunion. Im Rahmen des sowjetisch-chinesischen Freundschaftspaktes wurden der Volksrepublik langfristige Kredite gewährt, für die sie nur 1 Prozent Zinsen zu bezahlen braucht. Durch die gemischten sowjetisch-chinesischen Aktiengesellschaften für Erdöl, Nichteisen-



135 Staatliche
Akademische
Opern-
theater - SSB

Hilferuf eines Heimkehrers

Ein die hoffnungslose wirtschaftliche Lage der Heimkehrer charakterisierender Brief erreichte uns dieser Tage mit der bescheidenen Bitte eines Heimkehrers um Unterstützung eines Stellengesuches durch kostenlose Veröffentlichung eines Inserates in unserer Zeitung. Der Heimkehrer Hans Reil, ein intelligenter, kaufmännisch und technisch gebildeter Mensch, der wie unzählige Heimkehrer heute vor dem Chaos unserer westdeutschen Wirtschaft steht, der bereits die traurige Tatsache vor Augen sieht, wiederum als Namenloser in eine große Armee — in die der Arbeitslosen — eingereiht zu werden, wendet sich unter dem Zwang der katastrophalen Verhältnisse mit einem Hilferuf um Arbeit an die Presse, von der er zum mindesten das eine erhofft, daß sie sein Elend ermahnd, für die Bankrotteure des westdeutschen Separatstaates publiziert. Sein Schreiben, das für sich selbst spricht, geben wir hier im Wortlaut wieder:

„Nach 5jähriger Kriegsgefangenschaft bin ich vor kurzem zurückgekehrt. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu werden, geben allzu großen Optimismus wenig Berechtigung.

Die Möglichkeit jedoch, durch ein Inserat in Ihrer weitverbreiteten und vielgelesenen Zeitung Stellung zu finden, ist sicher sehr groß.

Ich bitte Sie deshalb, mich als mittellosen Heimkehrer durch ein Inserat in Ihrer Zeitung, daß Sie mir evtl. kostenlos durchführen, etwas zu unterstützen.“

Unterschrift: Wenn beispielsweise ein Dachdeckerunternehmen keine Sicherheitsgerüste mehr anbringen läßt, um im Konkurrenzkampf ein billigeres Angebot machen zu können, so heißt das in der amtlichen Sprache „Produktionssteigerung“. Der Dachdecker, der sich bei dieser Gelegenheit seine Knochen bricht, wird als Opfer seines Berufes beklagt, dem man darüber hinaus einzig ein „ehrendes Andenken“ bewahren will.

Rationalisierung heißt das große Zauberwort, das seiner Wortbedeutung nach etwas mit Vernunft zu tun haben sollte. Aus dem Bericht des Arbeitsministeriums ist dagegen zu entnehmen:

„daß eine unverünftige Verlängerung der Arbeitszeiten, die leider immer wieder festgesetzt wird, durch Übermüdigungserscheinungen der Arbeitskräfte zu einer Steigerung der Unfallneigung führt“.

Gewiß, die Gewerbeaufsichtämter wollen

Pro Arbeitsstunde 250 Betriebsunfälle

Traurige Bilanz westdeutscher Profitwirtschaft — Innerhalb eines Jahres 18% mehr Betriebsunfälle

Mitbestimmungsrecht mehr Wert als 52 Unfallverhütungswochen

Anläßlich der Unfallverhütungswoche hat das Arbeitsministerium einen Bericht herausgegeben, der sich mit den Arbeitsunfällen befaßt. In dem Bericht wird festgestellt, daß allein in Württemberg-Baden an jedem Arbeitstage 183 Betriebsunfälle in gewerblichen Betrieben zu verzeichnen sind. Für Westdeutschland werden folgende Zahlen angegeben:

1948	756 000	gewerbliche Unfälle und Berufskrankheiten
davon	27 253	teilweise erwerbsunfähig
	366	völlig erwerbsunfähig
	4 488	Tote
1949	888 000	gewerbliche Unfälle und Berufskrankheiten
davon	43 042	teilweise erwerbsunfähig
	910	völlig erwerbsunfähig
	4 571	Tote

Das sind pro Tag 2500 Unfälle und pro Arbeitsstunde 250 bei einer 10stündigen Arbeitszeit.

Worin liegen nach den Angaben des Arbeitsministeriums die Ursachen dafür, daß sich die Unfälle innerhalb eines Jahres um rund 18 Prozent gesteigert haben?

„Seit der Währungsreform und besonders im Zuge der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung steht die Wahrnehmung der Interessen des Arbeitsschutzes im Zeichen der ständig steigenden Aktivität in allen Zweigen der gewerblichen Wirtschaft und der Produktionssteigerung in den Betrieben.“

„Jeder ehrliche friedliebende Mensch soll sich bewußt werden, daß man die Schrecken eines Krieges, welcher ein Krieg mit völkermordenden Atomwaffen sein würde, nicht durch den Wunsch, in Frieden zu leben, verhindern kann, sondern nur durch die Tat.“

Jede Unterschrift ist ein Glied in der Kette der Kontinente umspannenden Friedensfront, welche die Kriegstreiber in Fesseln schlägt.

Der Dekan von Canterbury äußerte sich über den Wert der Unterschriftenaktion in folgenden Worten:

„Eine Million Unterschriften für den Frieden wird die Kriegstreiber verdrängen, 10 Millionen in Bestürzung versetzen, 100 Millionen ihre Pläne vernichten und die Menschheit retten.“

Gewiß, die Gewerbeaufsichtämter wollen

jetzt dahinter steigen. Das wird auch höchste Zeit. Aber damit ändern sie noch wenig, weil sie nicht an die Wurzeln dieses Übels herankommen. Das beweist die Feststellung in dem Bericht, daß trotz der Steigerung der Betriebsbeschäftigungen um das 2,5fache, im vergangenen Jahr die Zahl der gewerblichen Unfälle pro Monat um 45 Prozent gestiegen sind.

Sollen die Betriebsunfälle erfolgreich abgestoppt werden, dann müssen die Werktätigen selbst den Kampf gegen den menschenmordenden Bonner Wirtschafts- und Regierungspolitik aufnehmen. Die Durchsetzung

Vorwärts in der Unterschriftensammlung!

Wir wenden uns an alle sozialen und religiösen Gruppen sowie Kulturschaffenden, an alle ehrlichen Menschen, die — unabhängig von der Art ihrer Ansichten über die Ursachen der jetzt entstandenen gespannten internationalen Lage — hierüber Unruhe empfinden und ernsthaft eine Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern wünschen.

Gibt Eure Unterschrift für die Verwirklichung der Stockholmer Beschlüsse. Wir fordern das vorbehaltlose Verbot der Atomwaffe als einer Waffe der Aggression und der Massenvernichtung von Menschen.

Wir fordern die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle über die Durchführung dieses Beschlusses.

Wir sind der Ansicht, daß die Regierung, die als erste die Atomwaffe gegen irgend ein Land benutzt, ein Verbrechen gegen die Menschheit begeht und als Kriegsverbrecher zu behandeln ist.

Wir rufen alle Menschen in der Welt, die guten Willens sind, diesen Appell zu unterstützen.

Tragt diesen Aufruf an Eure Verwandten, Bekannten, Arbeitskollegen, an Parteien und Organisationen heran.

Sammelt Unterschriften, helft neue Friedenskomitees in Städten, Dörfern und Betrieben schaffen.

Treft Vorbereitungen für den 10. und 11. Juni 1950, den Aktionstag für den Frieden, die vom Landesfriedenskomitee vorgeschlagen wurden. Sie müssen zu einem Höhepunkt in der Unterschriftenaktion gegen die Atombombe werden.

Jeder ehrliche friedliebende Mensch soll sich bewußt werden, daß man die Schrecken eines Krieges, welcher ein Krieg mit völkermordenden Atomwaffen sein würde, nicht durch den Wunsch, in Frieden zu leben, verhindern kann, sondern nur durch die Tat.

Jede Unterschrift ist ein Glied in der Kette der Kontinente umspannenden Friedensfront, welche die Kriegstreiber in Fesseln schlägt.

Der Dekan von Canterbury äußerte sich über den Wert der Unterschriftenaktion in folgenden Worten:

„Eine Million Unterschriften für den Frieden wird die Kriegstreiber verdrängen, 10 Millionen in Bestürzung versetzen, 100 Millionen ihre Pläne vernichten und die Menschheit retten.“

des Mitbestimmungsrechtes als ein Teil dieses Kampfes ist erheblich wertvoller als eine Reihe von Unfallverhütungswochen. (VSt-ba)

Betriebsunfall bei Erdarbeiten

Mannheim. Bei Erdarbeiten vor einem Hause im Stadtteil Almenhof brach die Verschalung eines Schachtes. Durch das Nachrutschen der Erde wurde ein Schachtmeister bis in Brusthöhe verschüttet. Im Verein mit seinen Arbeitskameraden befreite ihn die herbeigerufene Feuerwehr aus seiner Lage. Er mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden.

Am hellen Tag in der Wohnung gestohlen

Mannheim. Am hellen Tage wurden aus einer Wohnung in der Angelstraße in Neckarau eine Geldmappe mit 100 DM sowie ein weiterer Geldbetrag von 119 DM gestohlen. Der Dieb hatte das an der Abschlusstür angebrachte Guckfenster gewaltsam geöffnet, worauf er die Tür von innen öffnen konnte. Nachdem er zunächst die Küchenschranke auf Mitnehmerswertes durchsucht hatte, fand er zwischen der Wäsche im Schlafzimmer das Geld.

Fünfjähriger Junge ertrunken

Mannheim. Gestern mittag fiel ein fünfjähriger Junge beim Spielen am Ufer des Altrheins ins Wasser und ertrank. Durch Taucher der Berufsfeuerwehr wurde er etwa eine Stunde später geborgen. Leider waren die Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg.

Spitternacht unterwegs

Mannheim. Verwundert blieben am Sonntag nachmittag die Spaziergänger stehen, als plötzlich vollkommen nackt ein junger Mann auftauchte, am Städtischen Krankenhaus vorbeilief, um anschließend über die Friedrich-Ebert-Brücke zu flüchten. Einem Polizeibeamten, der sofort die Verfolgung der merkwürdigen Erscheinung im Adamskostüm aufnahm, gelang es, den jungen Mann zu stellen und zu überwältigen. Wie festgestellt wurde, handelte es sich um einen Geistesgestörten, der bereits vorher verschiedene Fahrzeuge angesprungen und sich dabei im Gesicht und an der linken Hand verletzt hatte. In der Nähe einer Straßenbahnhaltstelle hatte er sich dann vollkommen entkleidet und seine merkwürdige Tour aufgenommen.

Volksbad Neckarstadt

Mannheim. Das Volksbad Neckarstadt ist wegen Reparaturarbeiten bis zum 13. 6. 1950 geschlossen.

Städtische Bekanntmachung

Feldwegesperre. Es wird darauf hingewiesen, daß Feldwege tagsüber nur von den Nutzungsberechtigten der angrenzenden Grundstücke betreten oder befahren werden dürfen.

Vom Eintritt der Dunkelheit bis zum Sonnenaufgang ist das Betreten oder Befahren der Feldemarkung jedermann, auch den Nutzungsberechtigten landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Grundstücke, sowie den Kleintierzuchtanlagen und Kleingartenvereinen, ausnahmslos verboten. Diese ortspolizeiliche Vorschrift gilt bis 30. November 1950. Wer ihr zuwiderhandelt, wird bestraft (§ 145 Bad. Polizeistrafgesetzbuch).

Stadtverwaltung Mannheim.

Der freie Nachmittag des Einzelhandels

Freiburg. Mit der bereits vieldiskutierten Frage des freien Nachmittags für den Einzelhandel befaßte sich in seiner letzten Sitzung auch der Landtag. Es war erfreulicherweise die Ansicht der Mehrheit des Landtags, daß in letzter Zeit eine Ueberbeanspruchung des Verkaufspersonals im Einzelhandel aufgetreten sei und es sei unverantwortlich, daß diese Angestellten in vielen Fällen nach Ladenschluß und bis tief in die Nacht hinein beschäftigt würden. Aus diesem Grunde wurde die Regierung aufgefordert, gesetzlich zu verfügen, daß der Ladenschluß für den Einzelhandel am Mittwochnachmittag und Samstags auf 17 Uhr festgesetzt werde.

Hinter Gittern zum „Erfinder“ geworden

Offenburg. Der Offenburger Autovermieter und Mechaniker Heinz Horn, der sich längere Zeit als Chef einer Bande von Autodieben betätigte und dabei über 20 in ganz Westdeutschland gestohlene Volkswagen weiterverhandelt hatte, konnte vor kurzem dingfest gemacht werden. Während seiner augenblicklichen Untersuchung kam er auf einen produktiven und zudem höchst überraschenden Gedanken. Er brachte danach eine „Erfindung“ zu Papier, die ein neutragiges Schloß darstellt, das es jedem Autodieb unmöglich macht, die Türen zu öffnen. In Zukunft unmöglich machen wird einen Autodiebstahl zu begehen.

Ehemaliger General soll Kur-Direktor werden

Baden-Baden. Als man sich unlängst in Baden-Baden Sorgen machte, wer in Zukunft Direktor der Thermalkuranstalten werden soll, verfiel der CDU-Oberbürgermeister Dr. Schlapper auf den ausgefallenen Gedanken, dieses zweifelhafte einträgliche Pöstchen dem ehemaligen Nazi-General Waeger zuzuschicken. Exzellenz wurde dann auch sogleich nach Baden-Baden berufen. Zum Glück gibt es nun dort aber Leute, die nicht derselben Meinung sind wie Dr. Schlapper und den Standpunkt vertreten, daß der Herr General nicht ganz der geeignete Mann für die Direktion der Thermalkuranstalten ist.

Die überleitete Handlungsweise des Oberbürgermeisters hat vor allen Dingen in politischen und fachärztlichen Kreisen eine berechtigte Empörung und entschiedene Ablehnung hervorgerufen. Nahezu sämtliche Ärzte und der Fachbeirat der Bäder- und Kurverwaltung trat auf den Plan. Auch die Betriebsräte und die Gewerkschaften sowie politische Parteien haben sich entschlossen eingeschaltet, um die öffentliche Protektion des Hitler-Generals durch den voreiligen Oberbürgermeister mit allen Mitteln zu unterbinden.

Die selbständige Handlungsweise Dr. Schlappers zeigte sich darin, daß er bei der Berufung General Waegers zum Direktor der Thermalkuranstalten nicht mit einem Gedanken daran dachte, vor allen Dingen die Meinung und das Urteil fachärztlicher Stellen zu hören, zudem „Exzellenz“ nicht im Entferntesten als Fachmann für diesen Posten gelten dürfte. Dieser begründete Vorwurf wird dem CDU-Oberbürgermeister von Baden-Baden zweifellos noch allerhand Bauchschmerzen verursachen, ist es doch geradezu unverantwortlich, bei der Besetzung eines Postens aus rein persönlichen Gründen eine abgewirtschaftete Prominenz hin zu pflanzen, nur weil ein General eben standesgemäß untergebracht werden muß.

Der Fachbeirat der Bäder- und Kurverwaltung lehnte nach dieser voreiligen Berufung des Generals in einer Sitzung nicht

Ein Arbeitsprozeß mit Hintergründen

Unternehmer-Syndikus und Betriebsrat marschieren beim Strelbelwerk vereint

Mannheim. Die Kammerung des Arbeitsgerichtes beschäftigte sich am Mittwoch nachmittag mit der Klage des Modellenschlossers Goldschmidt gegen die Strelbelwerke. Der Kläger, der in den Strelbelwerken als Betriebsrat kandidiert und auch dem Wahlausschuß angehört hatte, war am 12. Mai 1950 bei einer Kündigungsfrist von 14 Tagen entlassen worden, mußte aber, nach der mündlich ausgesprochenen Kündigung durch den Betriebsleiter Kampmann, sofort das Werk unter dem Geleit eines Obermeisters verlassen. Entlassungsgründe waren dabei sonderbarerweise nicht angegeben worden. Durch seinen Prozessvertreter von den Gewerkschaften beantragte der Ankläger bei der Verhandlung Kündigungs-Widerruf, Einsetzung in den früheren Stand, bzw. eine Entschädigung nach Ermessen des Gerichtes.

Dem Sinne nach hatte damals der Betriebsleiter dem Kläger, interessanterweise in Gegenwart des Betriebsrates, erklärt, daß der Betriebsrat nicht mehr mit ihm zusammen arbeiten könne. Die Firma machte sich diesen Standpunkt zu eigen, Goldschmidt habe das Werk sofort zu verlassen, könne aber in den nachfolgenden 14 Tagen jeweils sein Geld dort abholen. Eine gültige Einigung lehnte eingangs der Ver-

handlung der Unternehmer-Syndikus Neef schroff ab.

Syndikus und später auch der Arbeitsrichter machten geltend, daß der Kläger es verabsäumt habe, den gesetzlich vorgeschriebenen Einspruch binnen einer Woche beim Betriebsrat zu erheben und sich dies bescheinigen zu lassen. Da G. aber im Besonderen des Betriebsrates unmißverständlich erklärt hatte, daß er mit der Kündigung nicht einverstanden sei, vertreten Kläger und Gewerkschaftsvertreter die Auffassung, daß dies dadurch geschehen und jede andere Auslegung durchsichtige, juristische Haarspaltereie sei. „Arbeitsrecht ist lebendiges Recht“, betonte der Gewerkschaftsvertreter und setzte hinzu, daß ein Betriebsratsmitglied seinerzeit die Situation absolut richtig erfaßt habe, indem es auf die berechtigte Frage von G. nach den Entlassungsgründen erklärt hatte, daß G. diese Gründe schon auf dem Arbeitsgericht erfahren werde. Man hat hier also den ungewöhnlichen Fall, daß der Betriebsrat eines großen Werkes der intellektuelle Urheber der Entlassung eines Arbeitskollegen war. Der Kläger hatte sich arbeitstechnisch nichts zuschulden kommen lassen, er gab an, daß er in einer Betriebsversammlung den Betriebsrat kritisiert habe, was nach seiner Auffassung zu seiner Kündigung führte.

Die „informativische Zeugeneinvernahme“ einzelner Betriebsräte (im Beisein der anderen im Saal) ergab das ebenso groteske wie ganz natürliche Bild, daß einer die Aussagen des anderen bestätigte, nämlich, daß der Kläger formell keinen Einspruch gegen die Kündigung erhoben habe, was Herr Neef natürlich mit befalligem Kopfnicken begleitete. Einer der Beisitzenden wollte geklärt wissen, was eigentlich den Betriebsrat veranlaßt habe, die Entlassung des Klägers der Betriebsleitung nahezu legen. Diesem Verlangen wurde jedoch nicht stattgegeben. Nach einem kurzen Wortgefecht

zwischen Gewerkschaftsvertreter und Syndikus, bei welchem Kläger wie sein Prozessvertreter geltend machte, daß aus formalrechtlichen Gründen der Prozeß hier abgebrochen werden sollte, zog sich das Gericht zur Beratung zurück und verkündete dann, daß G. mit seiner damaligen mündlichen Erklärung vor dem Betriebsrat faktisch Einspruch erhoben habe.

Am 21. Juni wird nun um 14 Uhr zur Sache verhandelt und werden die Hintergründe dieser sehr merkwürdigen Entlassung aufgeleuchtet.

Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei Entlassungen darf nicht am falschen Objekt angewendet werden. Betriebsräte eines anderen Mannheimer Großbetriebes haben sich einmal einen unbequemen technischen Leiter vom Halse geschafft. Nach dieser Richtung müssen die Betriebsräte stoßen, wenn sie von ihrem Recht in Einstellungs- und Entlassungsfragen Gebrauch machen.

Des Gottenheimer Pfarrers „Nächstenliebe“

Gottenheim. In der Gemeinde Gottenheim wurde dieser Tage der auf einer Fahrt von Bremen nach Freiburg tödlich verunglückte Fernfahrer Hans Bianki unter großer Teilnahme der einheimischen Bevölkerung beigesetzt. B. war in der Gemeinde sehr beliebt, aber anscheinend weniger bei dem die Beerdigung durchführenden katholischen Pfarrer, der vor den katholischen Angehörigen des protestantischen Toten nicht nur den Weihwasserkessel verschloß, sondern auch Anweisungen gab, daß das übliche Totengeleite nicht durchgeführt wurde. Die Angehörigen, die sich anstelle des ihnen versagten Weihwasserkessels eines Elmers bedienen mußten, befinden sich über das seltsame Verhalten des Geistlichen und seiner sonderbaren „Seelsorge“ in berechtigter Empörung. Ebenso wendet sich

71jährige sammelt Unterschriften für den Frieden

Die 71jährige Friedensfreundin Lina Riller, Karlsruhe, Wilhelmstraße 76, sammelte trotz ihres hohen Alters in unermüdlichem Eifer 276 Unterschriften für den Frieden.

Ein Tropfen auf den heißen Stein

Riegel. Die Oberrheinische Siedlungsgesellschaft hat sich nunmehr dazu aufgefaßt, mit dem Bau der ersten vier von ihr finanzierten Doppelhäuser zu beginnen. Man rechnet damit, daß die Rohbauten in etwa 6 Wochen fertiggestellt sein werden. Wenn die vier Doppelhäuser dann im Herbst ungefähr bezugsfertig sind, werden sage und schreibe ganze acht Familien einziehen können. Auch die private Bautätigkeit zeichnet sich auf Grund der fehlenden finanziellen Mittel durch keine besondere Initiative aus, sind es augenblicklich doch nur vier Projekte, die erstellt werden sollen.

Allgemein wird in Riegel bedauert, daß die Gemeindeverwaltung der Erstellung der Siedlungsbauten wenig Interesse und Verständnis entgegenbringt.

Am hellen Tag in der Wohnung gestohlen

Mannheim. Am hellen Tage wurden aus einer Wohnung in der Angelstraße in Neckarau eine Geldmappe mit 100 DM sowie ein weiterer Geldbetrag von 119 DM gestohlen. Der Dieb hatte das an der Abschlusstür angebrachte Guckfenster gewaltsam geöffnet, worauf er die Tür von innen öffnen konnte. Nachdem er zunächst die Küchenschranke auf Mitnehmerswertes durchsucht hatte, fand er zwischen der Wäsche im Schlafzimmer das Geld.

Fünfjähriger Junge ertrunken

Mannheim. Gestern mittag fiel ein fünfjähriger Junge beim Spielen am Ufer des Altrheins ins Wasser und ertrank. Durch Taucher der Berufsfeuerwehr wurde er etwa eine Stunde später geborgen. Leider waren die Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg.

Spitternacht unterwegs

Mannheim. Verwundert blieben am Sonntag nachmittag die Spaziergänger stehen, als plötzlich vollkommen nackt ein junger Mann auftauchte, am Städtischen Krankenhaus vorbeilief, um anschließend über die Friedrich-Ebert-Brücke zu flüchten. Einem Polizeibeamten, der sofort die Verfolgung der merkwürdigen Erscheinung im Adamskostüm aufnahm, gelang es, den jungen Mann zu stellen und zu überwältigen. Wie festgestellt wurde, handelte es sich um einen Geistesgestörten, der bereits vorher verschiedene Fahrzeuge angesprungen und sich dabei im Gesicht und an der linken Hand verletzt hatte. In der Nähe einer Straßenbahnhaltstelle hatte er sich dann vollkommen entkleidet und seine merkwürdige Tour aufgenommen.

Volksbad Neckarstadt

Mannheim. Das Volksbad Neckarstadt ist wegen Reparaturarbeiten bis zum 13. 6. 1950 geschlossen.

Städtische Bekanntmachung

Feldwegesperre. Es wird darauf hingewiesen, daß Feldwege tagsüber nur von den Nutzungsberechtigten der angrenzenden Grundstücke betreten oder befahren werden dürfen.

Vom Eintritt der Dunkelheit bis zum Sonnenaufgang ist das Betreten oder Befahren der Feldemarkung jedermann, auch den Nutzungsberechtigten landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Grundstücke, sowie den Kleintierzuchtanlagen und Kleingartenvereinen, ausnahmslos verboten. Diese ortspolizeiliche Vorschrift gilt bis 30. November 1950. Wer ihr zuwiderhandelt, wird bestraft (§ 145 Bad. Polizeistrafgesetzbuch).

Stadtverwaltung Mannheim.

Ein unakademisches Akademiekonzert

Professor Szenkar dirigierte im Nationaltheater

Mannheim. Wer Gelegenheit hatte, dem Außerordentlichen Akademiekonzert am Mittwochabend im Nationaltheater unter der Gastdirektion von Professor Eugen Szenkar beizuwohnen, wird nicht ungnädig können, mit einigem Humor zu konstatieren, daß musikalisch umgemünztes ungarisches Temperament die Nerven strapazieren kann. Für unsere deutschen Ohren war das „dicke Musik“, wie sich Heine in einem seiner Berliner Konzertbriefe einmal ausdrückte und das bis zur Erschöpfung ausgepreßte Orchester war sicherlich froh, nach diesem Rasen (des Dirigenten wie des Publikums) die Noten einpacken zu dürfen.

Geboten wurde Bachs „Toccata“ und d-moll-Fuge, Brahms' I. c-moll-Symphonie, Richard Strauß' „Don Juan“ und der „Bolero“ von Ravel. Professor Eugen Szenkar, der in den Weltstädten große Erfolge zu verzeichnen hatte und heute das Brasilianische Philharmonische Orchester in Rio leitete, präsentierte sich einer rasch entzückten Zuhörerschaft als ein Dirigent von plastischem, von Theatralik nicht ganz freiem Gestus. Johann Sebastian's „Toccata“ erlebte in dieser drängenden und gerafften Interpretation einen starken, äußeren Erfolg, die Brahms-Symphonie, im Finale-Satz mit dem prachtvollen Urthema, einen virtuosen geführten und namentlich durch die Bläser betäubenden Ausklang. Der effektiv peitschende, orien-

talisierende „Bolero“ erregte zunächst Verwunderung und dann Beifallstürme. Lange wurde der Dirigent gefeiert, Händeklatschen und Bravourrufe wollten kein Ende nehmen.

Städt. Bühnen Freiburg

Auswärtige Gastspiele der städt. Bühnen Freiburg. Die städt. Bühnen geben am Montag, 5. Juni, im Kleinen Theater von Baden-Baden ein Gastspiel mit Mozarts „Die Entführung aus dem Serail“.

Tags darauf, am Dienstag, 6. Juni, gastiert das Opernensemble mit Smetanas Komischer Oper „Die verkaufte Braut“ in Triberg.

Freiburger Bachstunden im Bachjahr 1950

Freiburg. Die Staatliche Hochschule für Musik führt im Rahmen der „Freiburger Bachstunden 1950“ am Freitag, den 2. Juni, Montag, den 5. Juni und Dienstag, den 6. Juni 1950, jeweils um 20 Uhr im Paulus-Saal drei Bachkonzerte durch. Es gelangen u. a. die Brandenburgischen Konzerte Nr. I, IV, V und VI, die Kantate 202 „Weichet nur, betrübte Schatten“ und Konzerte für 2, 3 und 4 Cembal zur Aufführung.

Keine Nachricht wegen Theaterzuschuß!

Heidelberg. Mitteilungen der bürgerlichen Presse, wonach bei der Stadtverwaltung Heidelberg die Nachricht eingegangen sei, daß vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung des Etats durch den Landtag für die Städtischen Bühnen ein Staatszuschuß von 250 000 DM geleistet werden solle, erklärt die Städt. Finanzdirektion, daß ein solches Schreiben bei der Stadtverwaltung nicht eingegangen ist.

Die „unanständige“ Ballonfahrt

Antoinette Henry, die erste Luftfahrerin von Giovanni Mathis

Das war eine Aufregung in Paris im Sommer 1783, als der französische Fallschirmspringer und Ballonfahrer Andre Garnerin die Absicht verkündete, das nächste Mal eine Frau in seinem Freiballon mitzunehmen.

Garnerin kümmerte sich nicht um die Bitten und Drohungen und traf mit seiner jungen Freundin, Antoinette Henry, die Vorbereitungen zum Fluge. Da griff die Polizei ein und verbot Garnerin die Mitnahme einer Frau.

Eine Pariser Zeitung berichtete damals darüber: Die Polizei verbot dem Bürger Garnerin die Luftreise mit einem Frauenzimmer, weil er nicht erweisen kann, daß diese Gesellschaft etwas zur Vervollkommenheit der Kunst beitragen werde, weil die Luftfahrt von zwei Personen verschiedenen Geschlechts unanständig und unmoralisch ist und weil es nicht ausgemacht ist, ob nicht der Druck der Luft den zarten Organen eines jungen Mädchens gefährlich werden kann.

Garnerin legte gegen das Verbot bei dem Direktorium, das damals Frankreich regierte, Beschwerde ein und erwirkte bis zur Entscheidung von der Polizei die Erlaubnis, mit einem „künstlichen weiblichen Wesen“ in die Luft steigen zu dürfen.

Man war vorsichtig genug, der Stimmung des Volkes nachzugeben. Als die Pariser aber das hübsche und zarte Mädchen sahen, schlug ihre Stimmung wieder um. Sie empfanden Mitleid mit der Frau und ließen Garnerin an, sie nicht mitzunehmen. Es kam zu ergsten Szenen. Als Antoinette aber doch hochstieg, brach die Menge in Jubel aus.

Nach sechs Stunden wurde durch einen Boten aus Goussainville, eine Meile von Paris, die Nachricht überbracht, daß die erste Luftfahrerin nach 23 Minuten wohlbehalten gelandet sei. Sofort wurde Antoinette Henry in einem Umzug als Heldin gefeiert. In Goussainville selbst hatte man allerdings für den Sportgeist des liegenden Mädchens weniger Verständnis. Die dortigen Gendarmen sperrten Garnerin und seine Freundin kurzerhand ein, weil sie ohne die für die Provinz gültigen Pässe gelandet waren und die Ortspolizei die Sittlichkeit gefährdet sah.

Geld fürs Brot / Erzählung aus dem alten Oesterreich-Ungarn von Zsigmond Morics

Es ist gut, daß man uns das Lachen gelassen hat. Daß aus unseren Elendswohnungen nicht nur Klagen, Weinen und Flüche kommen, sondern auch herzlich Lachen. Wir lachen, lachen, wenn wir auch verdammt wenig Grund zum Lachen haben. Wir sind Opfer der Kohle. Generationen meiner Väter hat sie verschluckt, und sie wird auch mich, meine Klippen und meine Enkel verschlucken.

Und doch habe ich nie mehr so gelscht, wie in meiner Jugend, als Mutter noch lebte. Meine schöne, bleiche Mutter, die konnte so herzlich lachen, bis der Husten sie packte und beinahe erürgte.

An ihr gluckenhellen Lachen erinnere ich mich, damals, als wir einen ganzen Nachmittag damit verbrachten, um das Geld für ein Laib Brot zusammen zu suchen. Sieben Kreuzer.

„Sieben Kreuzer“, sagte Mutter, sieben kleine Kreuzerlein für ein mächtig großes Brot! Und dabei lachte sie, bis die hellen Tränen kamen. „Sieben kleine Kreuzerlein, wo seid ihr?“ Wir suchten und fanden. Die ersten drei fand Mutter selbst. In der Nähmaschinenschublade. Sie waren für eine Spule Zwirn bestimmt, aber Brot ist wichtiger als Zwirn.

„Man kann doch, Bub, wir wollen die Verlorenen suchen.“ Dabei stellte sie sich an, als ob die Kreuzer Schmetterlinge wären und davonfliegen könnten. Damals wußte ich noch nicht, wie schnell das Geld fliegen kann. Dann wollte ich rasch die Lade untersuchen, sie hinderte mich aber. „Bub, solange

da drinnen sind, gehören sie uns. Drei Kreuzer habe ich, vier Kreuzer brauche ich noch. Vielleicht sind aber zehn drinnen, oder gar fünfzig, dann gibt es Butter aufs Brot und Fleisch! Weißt du keinen Lockvers, mit dem man das Geld hervorlocken kann?“

Gleich machte ich ein wenig Hokuspokus und sagte: „Onkel Kreuzer, kupferrot, Kommt heraus, wir brauchen Brot, Vater, Bruder, Schwester, Mutter, Möchten gerne Fleisch und Butter. Wir sind arm und haben Schulden; Verwandelt euch in lauter Gulden!“

„Im Glaskasten in der Schublade. Vom Onkel Paul ist er. Ich sollte mir Zuckerl kaufen!“ Und Mutter nahm den Kreuzer, denn Brot war auch wichtiger als Zuckerl. „Jetzt haben wir vier. Die größere Hälfte. Da werden sich wohl die anderen drei auch noch finden!“

„Jetzt haben wir schon fünf. Und wo fünf sind, werden zwei gewiß noch sein.“ Aber Vaters andere Taschen waren zerrissen und hätten gar keinen Kreuzer bergen können. Schon brannten große Rosen auf Mutters Wangen. Da die Gute dachte ja immer zuletzt an sich, schlug sie sich an die Stirne: „Meine eigene Tasche haben wir ja noch nicht durchsucht!“

Holzgötzen und Steinbeile

Von den Ausgrabungen sowjetischer Wissenschaftler / Von Manfred Jelensky

Schon vor mehr als hundert Jahren hatte ein merkwürdiger Hügel das Interesse der Einwohner des kleinen Dorfes Wschtschisch erregt, das nordöstlich von Kiew, in der heutigen Sowjet-Ukraine liegt. Damals war man zunächst daran gegangen, den Hügel abzutragen und nach längerem Graben auf die Überreste einer alten Kirche gestoßen.

Locher stieß man einige Dutzend Meter entfernt noch einmal. Ihre Reihenfolge war jetzt allerdings eine andere und so erwies sich die ursprüngliche Vermutung, es könne sich etwa um Grundpfeiler von Häusern gehandelt haben, als hinfällig. Verschiedene Trinkgefäße deuteten auf etwas ganz anderes hin.

interessanter Fund, ein Trinkgefäß mit Bärenkopf, unterstrich nur noch die Annahme, es hier mit einer alten Opferstätte zu tun zu haben; denn der Bär war ja schließlich das heilige Tier der alten Slawen. Jetzt war es auch klar, warum man in der Nähe des Gebäudes weder Reste von Herdfeuerstellen, noch Wohnstätten gefunden hatte.

O, diese Hitze

In der heißen Jahreszeit wird das Gemüse oft in wenigen Stunden welk. Wir haben z. B. Spinat, möchten ihn aber erst am anderen Tage kochen. Putzen und Abwelen sollten wir ihn am gleichen Tage. Kohlrabi und anderes Blattgemüse sollte ebenso behandelt werden. Salat, der sich frisch halten soll, wird in angefeuchtetes Zeitungspapier recht fest eingeschlagen und im Steintopf an dunklem, kühlem Ort aufbewahrt. So macht man es auch mit den anderen Suppengemüsen. Von Möhren und Radieschen entfernt man besser gleich das Kraut.

Das war erst anders, als nach der Oktoberrevolution ein allgemeiner Aufschwung der Wissenschaft einsetzte und im Jahre 1940 gelang es dem Stalinpreisträger, Prof. Rybakow, die auf einem der Leuchter befindlichen altslawischen Worte als „O, Herr, hilf deinem Sklaven Konstantin“, zu entziffern. Es ergab sich im weiteren Verlauf der Untersuchungen, daß es sich bei diesem Konstantin um einen hobegabten Künstler des 12. Jahrhunderts handeln mußte.

Fleisch brät man am besten sofort an oder wickelt es in ein mit Essig getränktes Tuch. Auch das gebratene Fleisch im Topf mit einem feuchten Tuch bedecken. Das läßt Luft heran und schützt gegen Fliegen. — Wurst wird ebenso aufbewahrt. Bei Schmierwurst ist anzuraten, sie aus den Därmen zu lösen und im Porzellengefäß — evtl. leicht angebraten — aufzubewahren.

Hitlers Ueberfall auf die Sowjetunion unterbrach die Forschungsarbeiten und erst 1943 konnte Professor Rybakow seine Ausgrabungen fortsetzen. In verschiedenen Hügeln entdeckte er Steinbeile und konnte so nachweisen, daß in dieser Gegend einst Steinzeitmenschen gewohnt haben müssen. In einem Waldhügel bei Wschtschisch grub Prof. Rybakow ein langgestrecktes, seltsames Gebäude aus, wobei ihm das Fehlen jeglicher Ueberreste von Herdfeuer, Hausgerät und Waffen besonders auffiel.

„Man kann doch, Bub, wir wollen die Verlorenen suchen.“ Dabei stellte sie sich an, als ob die Kreuzer Schmetterlinge wären und davonfliegen könnten. Damals wußte ich noch nicht, wie schnell das Geld fliegen kann. Dann wollte ich rasch die Lade untersuchen, sie hinderte mich aber. „Bub, solange

mit einem feuchten Tuch zugedeckt, dessen Zipfel in das Wasser reihen — aufbewahrt. Man kann Milch für den folgenden Tag auch 10 Minuten sterilisieren. Für eine längere Zeit muß die Sterilisationszeit verlängert werden.

mit dem Schiff, nicht aber haben sie vorausgeschickt. „Ah!“ sagte Aje und fuhr dann nach einer Weile fort: „Schlecht steht es um mich, Andrej. Sie werden mich jetzt sicher erschießen wie einen Hasen.“

„Aje, setz dich an meinen Platz, lenke die Hunde und fahre vor der Jaranga vor, die dir am liebsten ist!“ Erfreut lenkte Aje die Hunde auf Rynteus Jaranga zu. Leute kamen zusammengelaufen.

„Aje, setz dich an meinen Platz, lenke die Hunde und fahre vor der Jaranga vor, die dir am liebsten ist!“ Erfreut lenkte Aje die Hunde auf Rynteus Jaranga zu. Leute kamen zusammengelaufen.



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN

Bald lagen sie bequem im Zelt. „Andrej, der Schnee im Kessel ist zu Wasser geworden. Man muß die Binde auf den Augen naß machen. Davon wird dir besser.“

Hinter dem Zelt schliefen friedlich die ermüdeten Hunde. Die Sonne verschwand und tauchte wieder auf, und der niedrige Horizont brannte in hellen Flammen.

„Aje, setz dich nicht auf und fürchte dich vor nichts! Niemand wird es wagen, dir etwas anzutun. Ich verspreche dir das. Du wirst das bald selber sehen. Laß uns jetzt ein wenig schlafen, und dann fahren wir zusammen an die Küste!“

„Man muß ihm sagen, daß der russische Vorgesetzte ihn ruft. Er soll sofort herkommen!“ wiederholte Andrej streng.

„Man kann gut sehen“, sagte er. Nach einiger Zeit hörte er Andrej rufen und lief ins Zelt. „Aje, ich sehe dich. Wie gut!“ „Aje, ich sehe dich. Wie gut!“ „Ich hab' dir Guckbrethchen geschickt. In den Bergen machen es unsere Leute mit

schwachen Augen immer so“, und Aje setzte die selbstverfertigte Brille auf.

„Man muß ihm sagen, daß der russische Vorgesetzte ihn ruft. Er soll sofort herkommen!“ wiederholte Andrej streng.

Die Ruine

von Bruno Hähnel

Irgendwann einmal in meiner Kindheit flog ein Haus in die Luft. Ein vierstöckiges Wohnhaus am Zentralviehhof. Jemand hatte abends im Keller einen Gashahn offen gelassen, und am nächsten Morgen flog das Haus in die Luft.

Nun war es kein Haus mehr, sondern eine Ruine, eine graugraue, nervenkitzelnde Rarität. Tagelang strömten Neugierige in dichten Scharen die Landsberger Allee hinauf und hinunter, ein findiger Geschäftsmann druckte Berge von Ansichtskarten mit der frischen Ruine und verdiente sich so das Geld für eine Villa in Frohnau.

Heute, zwanzig Jahre später, ist auf solche Art kein Geschäft mehr zu machen. Die Ruine ist zum ordinärsten Gegenstand der Jetztzeit herabgesunken. In jeder Stadt steht sie da, glotzt dich an und reckt die drohenden Finger ihrer Mauerreste in den Himmel. Vielleicht siehst du heute schon nicht mehr, daß es drohende Finger sind; ach, ja, das kann sehr leicht möglich sein. Der täglich und täglich sich wiederholende Anblick stumpfte die Seelen gegen den objektiv erschütternden Anblick des von Menschen zerstörten Menschwerkes. Ruine ist heute so selbstverständlich und unauffällig, wie Feuer, Brot, Wolle oder Glas. So ist es.

Diese Entwicklung der Gleichgültigkeit ist nicht ohne Gefahr, und es wäre zweckmäßig, etwas dagegen zu tun. Es gibt hierfür ein einfaches Mittel, gestern machte ich die Probe: geh' in ein zerstörtes Haus, an das dich starke Erinnerungen binden. Steigt die geländerlosen, schuttbeladenen Treppen hoch und bleib' vor dem Mauerloch stehen, in dem einst eine glatte, dunkelgebeizte Türkling, die du mit deinem Schlüssel öffnestest. Denk' an die Menschen, die dich hinter diesen Türen erwarteten, damals ... Jeder hat so eine Ruine.

Die, die ich gestern betrat, heimlich, durch ein auseinandergebogenes Fenstergitter, ist von gewaltigem Ausmaß und fürchterlich zerschlagen. Knirschend schluckte der meterhohe Schutt in den langen, einst blanken und hallenden Korridoren meine Schritte. Mit angehaltenem Atem kletterte ich den Treppenschacht empor, alles alvertraute Wege.

Endlich betrat ich durch ein weites Mauerloch den großen Hörsaal. Ich steige über unkrautbewachsene Scherbenhügel abwärts zum Katheder, setze mich neben den Professor und blicke auf das weite Terrassenhalfbrunn der Hörerbänke. Sie sind dicht besetzt bis an die Rückenwand des großen Saales, selbst in den Fensterischen hocken die Studenten und lauschen angespannt dem Vortrag des Professors:

... und somit, meine zukünftigen Herren Physiker, Chemiker und Techniker, sind wir am entscheidenden Punkt unseres heutigen Experiments angelangt. Alle Vorbereitungen sind getroffen, die Leitungen gelegt. Der Schalterhebel steht in der Mittellage. Das Besondere und Neuartige an diesem Versuch ist das Vorhandensein der zwei entgegengesetzten Möglichkeiten. Drucke ich den Hebel nach oben, so wird die Großturbin des ersten Atomkraftwerkes in Gang gesetzt, das in der Lage sein wird, unser Kontingent mit Licht und Energie zu versorgen. Drucke ich ihn nach unten, so wird die Uranversuchsladung in dem Tiefbohrloch am Nordpol und damit die erwartete Kettenreaktion ausgelöst, wodurch wir vielleicht das hochinteressante Schauspiel einer Längsspaltung unseres Planeten miterleben dürfen. Ich überlasse Ihnen, meine Herren, die Entscheidung und bitte Sie, mir kundzutun, ob Sie den Hebel aufwärts oder abwärts wünschen.“

„Abwärts! Abwärts!“ brachen ein paar vereinzelte, schrille Stimmen aus der ersten Reihe in die atemlose Stille. „Nein!“ brüllte ich auf. Mit einem Sprung bin ich am Schalthebel und stoße ihn aufwärts. Es gibt einen schwachen, knirschenden Laut. Rost und Kalkstaub. Es geschieht nichts. Unter dem verwitterten Schalter hängt ein abgerissenes Stück Leitungrohr. Ich verlasse die grabstille Hochschule und eile durch die Abenddämmerung über den regennassen Asphalt der Charlottenburger Chaussee hinüber zum Tiergarten.

(Aus „Früh um fünf im Treppelicht“, Alfred Kanterowitsch-Verlag)

Laßt uns das Leben behüten

Zum Internationalen Kindertag am 3. und 4. Juni

Wie haben wir nicht, wir Mütter den Schlaf unserer Kinder bewacht...

Wir sprechen verschiedene Sprachen: Ich „Friede“, du „Paix“ und du „Peace“...

Hedda Zinner

Was man wissen muß

Gewährung von Aufbauhilfe

Das Hauptamt für Soforthilfe hat nach Anhören des Ständigen Beirates...

Die Aufbauhilfe soll Heimatvertriebenen, Sachgeschädigten, politisch Verfolgten...

Die Aufbauhilfe wird durch Darlehen aus Mitteln des Soforthilfefonds...

Beim Baden ertrunken

Mannheim. Bei dem Versuch in Höhe der Rennershofstraße schwimmend den Rhein zu überqueren...

Hundesteuer-Marken ab 1. Juli

Heidelberg. Nach dem Hundesteuergesetz ist jeder über drei Monate alte Hund...

Sie wollte helfen und brach sich das Genick Tauberbischofsheim. (Iwb). Durch beson-

ders tragische Weise kam dieser Tage in der Nähe von Tauberbischofsheim eine Neubürgerin ums Leben...

Drei Verletzte bei Messerstecherei in Pforzheim

Pforzheim. (Iwb). In Pforzheim kam es am Dienstag zwischen drei Männern zu einer Messerstecherei...

Wetterberatung für die Heuernte durch den Rundfunk

Karlsruhe. Das für Nordbaden zuständige Wetteramt in Karlsruhe gibt künftig jeweils dienstags...

„Deutsche Dentalschau“ in Karlsruhe eröffnet

Karlsruhe. (Iwb). Im Rahmen des deutschen Dentistenkongresses 1950 wurde am Mittwoch...

Er könnte nicht mehr gerettet werden

Karlsruhe. (Iwb). In der Gemeinde Untergrombach erschien dieser Tage bei einem Arzt...

angestellte starb wenige Stunden darauf. Bei einer Auseinandersetzung mit seiner Ehefrau...

Kinderwagen gegen Hochzeitszug

Balingen. (Iwb). Ein Kinderwagen mit lebendem Inhalt versperrte dieser Tage in einem Dorf...

Der genepte Dieb

Karlsruhe. In der vergangenen Nacht wurde aus einem auf der Kaiserstraße verschlossen...

Großes Fischsterben in der Elsenz

Sinsheim. (Iwb). In der Elsenz zwischen Sinsheim und Bammmental hat in den letzten Tagen...

Auch Schweine brauchen Luft zum Atmen

Heidelberg. (Iwb). In Heidelberg ist dieser Tage gegen einen Viehhändler aus dem Land...

Mannheimer Straßenbahnwagen mit Neonröhren-Beleuchtung

Mannheim. (Iwb). Am Vortage des Boxkampfes Walcott—ten Hoff, der am Pfingstsonntag...

VIL Konstanz — ASV Durlach 6:2

Die Durlacher waren wesentlich besser, als es das Resultat vermuten läßt...

Tore: 5. Min. Vögele (Konstanz), 8. Min. Vögele...

FC 04 Singen — FC Luzern 2:1

Die zweite Niederlage in der Südzone bezogen die Luzerner Gäste am Pfingstsonntag in Singen...

Rückkehr eine tüchtige Abreibung verabfolgt. Wenn die Hamburger nicht wieder bluffen...



Ein Meister aus Mannheim will über eine Brücke gehen, die zum Vorfröhen führt...

Das Münchener Kind kriegt Besuch aus Florenz und es ist schwer zu sagen...

Nun kommen wir zu den ko-Sachen und da sind wir schon etwas besser im Bilde...

Rastatt schlug den Meister

FC Rastatt 04 — SSV Reutlingen 4:1 Tore: 11. Minute Wäldele 1:0...

Die Spritze hat gewirkt

Die reumütige Rückkehr zum Zehntertip hat das Geschäft wieder etwas belebt...

Beim Länderspiel als Vorspeise wolle wir uns nicht lange aufhalten...

In Zabo-Nürnberg steigt die einzige inner-süddeutsche Auseinandersetzung...

Klavierabend Kazimierz Secocki WARSCHAU Werke von J. S. Bach, Fr. Chopin, Cl. Debussy...

Bekanntmachung Entfernung von Plomben an elektrischen Anlagen...

Bekanntmachung der Stadt Lörrach In der Stadtratssitzung vom 19. Mai 1950...

Adler-Lichtspiele Achern-Oberachern Freitag 20.30, Sonntag 15, 17, 45, u. 20.30...

Zentral-Theater Emmendingen Freitag bis Sonntag das große Filmwerk Mädchen hinter Gittern...

Jagdverpachtung Die Gemeinde Steinen vergibt die Gemeindejagd für neun Jahre...